

Ausgabe  
in deutscher Sprache

## Rechtsvorschriften

### Inhalt

#### I Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte

- ★ **Verordnung (EG) Nr. 2048/1999 des Rates vom 27. September 1999 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2334/97 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf bestimmte Einfuhren von Flachpaletten aus Holz mit Ursprung in der Republik Polen** ..... 1
  
- ★ **Verordnung (EG) Nr. 2049/1999 des Rates vom 27. September 1999 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2450/98 zur Einführung eines endgültigen Ausgleichszolls auf die Einfuhren von Stabstahl aus nichtrostendem Stahl mit Ursprung in Indien und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls** ... 8
  
- Verordnung (EG) Nr. 2050/1999 der Kommission vom 29. September 1999 zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1666/98, (EG) Nr. 1667/98, (EG) Nr. 1735/98, (EG) Nr. 1758/98, (EG) Nr. 1759/98, (EG) Nr. 1760/98, (EG) Nr. 2198/98, (EG) Nr. 1066/1999, (EG) Nr. 1067/1999, (EG) Nr. 1392/1999, (EG) Nr. 1393/1999, (EG) Nr. 1704/1999 und (EG) Nr. 1855/1999, zur Eröffnung von Dauerausschreibungen zur Ausfuhr von Getreide aus Beständen bestimmter Interventionsstellen ..... 13
  
- Verordnung (EG) Nr. 2051/1999 der Kommission vom 29. September 1999 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise ..... 14
  
- Verordnung (EG) Nr. 2052/1999 der Kommission vom 29. September 1999 zur Festsetzung des Höchstbetrags der Ausfuhrerstattung für Weißzucker für die im Rahmen der Dauerausschreibung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1489/1999 durchgeführte 9. Teilausschreibung ..... 16
  
- Verordnung (EG) Nr. 2053/1999 der Kommission vom 29. September 1999 zur Festsetzung der repräsentativen Preise und der zusätzlichen Einfuhrzölle für Melasse im Zuckersektor ..... 17
  
- Verordnung (EG) Nr. 2054/1999 der Kommission vom 29. September 1999 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand ..... 19

★ <b>Verordnung (EG) Nr. 2055/1999 der Kommission vom 28. September 1999 zur Festsetzung von Durchschnittswerten je Einheit für die Ermittlung des Zollwerts bestimmter verderblicher Waren</b> .....	21
Verordnung (EG) Nr. 2056/1999 der Kommission vom 29. September 1999 über die Erteilung von Lizenzen für die Ausfuhr von Obst und Gemüse nach dem Verfahren B	27
Verordnung (EG) Nr. 2057/1999 der Kommission vom 29. September 1999 zur Festsetzung der im Sektor Reis geltenden Einfuhrzölle .....	29
Verordnung (EG) Nr. 2058/1999 der Kommission vom 29. September 1999 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Olivenöl .....	32
Verordnung (EG) Nr. 2059/1999 der Kommission vom 29. September 1999 zur Änderung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung .....	34

II *Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

**Kommission**

1999/642/EG:

★ <b>Beschluß der Kommission vom 10. September 1999 zur Annahme von Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Antidumpingverfahren betreffend die Einfuhren von Flachpaletten aus Holz mit Ursprung in der Republik Polen</b> ( <i>Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(1999) 2844</i> ) .....	36
---	----

1999/643/EG:

★ <b>Entscheidung der Kommission vom 15. September 1999 zur Änderung der Entscheidung 1999/507/EG über Schutzmaßnahmen gegenüber Flughunden, Hunden und Katzen mit Herkunft aus Malaysia (Halbinsel) und Australien<sup>(1)</sup></b> ( <i>Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(1999) 2975</i> ) .....	38
---	----

1999/644/EG:

★ <b>Entscheidung der Kommission vom 15. September 1999 über Schutzmaßnahmen bei der Einfuhr von registrierten Pferden aus Malaysia (Halbinsel)<sup>(1)</sup></b> ( <i>Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(1999) 2976</i> ) .....	39
---	----

1999/645/EG:

★ <b>Entscheidung der Kommission vom 15. September 1999 über eine gemeinsame technische Vorschrift für Anschaltebedingungen für den TETRA-Zugang zu Notrufdiensten<sup>(1)</sup></b> ( <i>Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(1999) 2987</i> ) .....	40
--	----



<sup>(1)</sup> Text von Bedeutung für den EWR

## I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

**VERORDNUNG (EG) Nr. 2048/1999 DES RATES****vom 27. September 1999****zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2334/97 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf bestimmte Einfuhren von Flachpaletten aus Holz mit Ursprung in der Republik Polen**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 384/96 des Rates vom 22. Dezember 1995 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern<sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 4,gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 2334/97<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 4 Absätze 1 und 2,

auf Vorschlag der Kommission nach Konsultationen im Beratenden Ausschuß,

in Erwägung nachstehender Gründe:

**A. VORAUSGEGANGENES VERFAHREN**

- (1) Der Rat führte mit der Verordnung (EG) Nr. 2334/97 endgültige Antidumpingzölle auf bestimmte Einfuhren von Flachpaletten aus Holz des KN-Codes ex 4415 20 20 mit Ursprung in der Republik Polen ein und nahm Verpflichtungsangebote bestimmter Hersteller im Zusammenhang mit diesen Einfuhren an. Unter den polnischen Herstellern/Ausführern wurde eine Stichprobe ausgewählt, und für die Unternehmen der Stichprobe wurden individuelle Antidumpingzölle zwischen 4 % und 10,6 % eingeführt; für die anderen kooperationswilligen, aber nicht in die Stichprobe einbezogenen Unternehmen wurde ein gewogener durchschnittlicher Zoll von 6,3 % festgesetzt. Ein Zollsatz von 10,6 % wurde auf die Waren derjenigen Unternehmen eingeführt, die sich entweder nicht selbst gemeldet oder nicht an der Untersuchung mitgearbeitet hatten. Im Falle der Hersteller, deren Verpflichtungsangebote angenommen wurden, wurden die Einfuhren einer bestimmten Art von Flachpaletten (EUR-Paletten) von den Antidumpingzöllen befreit; die Verpflichtungen gelten ausschließlich für diesen Palettentyp.
- (2) Gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 2334/97 kann die Verordnung geändert werden, sofern eine Partei der Kommission ausreichende Beweise dafür vorlegt, daß:

- sie die in Artikel 1 Absatz 1 jener Verordnung beschriebenen Holzpaletten im Untersuchungszeitraum nicht herstellte und nicht in die Gemeinschaft exportierte,
- sie mit keinem der Ausführer oder Hersteller in Polen geschäftlich verbunden ist, für die die mit jener Verordnung eingeführten Antidumpingzölle gelten,
- sie die betreffenden Waren nach dem Untersuchungszeitraum tatsächlich in die Gemeinschaft exportierte oder eine unwiderrufliche vertragliche Verpflichtung zur Ausfuhr einer bedeutenden Menge in die Gemeinschaft eingegangen ist;

in diesem Fall kann für diese Partei der Zollsatz von 6,3 % eingeführt werden, der für die kooperationswilligen, aber nicht in die Stichprobe einbezogenen Hersteller gilt.

Gemäß Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 2334/97 ist ferner im Falle einer Partei, die die in Artikel 4 Absatz 1 jener Verordnung genannten Kriterien erfüllt, eine Befreiung vom Antidumpingzoll möglich, sofern von dieser Partei eine Verpflichtung für die sogenannten EUR-Paletten angenommen wird.

- (3) Mit der Verordnung (EG) Nr. 2079/98<sup>(3)</sup> änderte der Rat die Verordnung (EG) Nr. 2334/97 hinsichtlich deren Anhängen I und II.

**B. ANTRÄGE NEUER AUSFÜHRER**

- (4) 13 neue polnische ausführende Hersteller beantragten, in gleicher Weise behandelt zu werden wie die Unternehmen, die an der ursprünglichen Untersuchung mitgearbeitet hatten, aber nicht in die Stichprobe einbezogen worden waren, und legten nach entsprechender Aufforderung Beweise dafür vor, daß sie die Voraussetzungen in Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 2334/97 erfüllten. Die von diesen antragstellenden Unternehmen vorgelegten Beweise werden als ausreichend angesehen, um eine Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2334/97 zu rechtfertigen und diese 13 ausführenden Hersteller in den Anhang I jener Verordnung aufzunehmen. In diesem Anhang I sind die ausführenden Hersteller aufgeführt, für die der gewogene durchschnittliche Zoll von 6,3 % gilt.

<sup>(1)</sup> ABl. L 56 vom 6.3.1996, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 905/98 (AbL. L 128 vom 30.4.1998, S. 18).

<sup>(2)</sup> ABl. L 324 vom 27.11.1997, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2079/98 (AbL. L 266 vom 1.10.1998, S. 1).

<sup>(3)</sup> ABl. L 266 vom 1.10.1998, S. 1.

- (5) Fünf dieser 13 polnischen ausführenden Hersteller, für die der gewogene durchschnittliche Zoll von 6,3 % eingeführt wird, boten ferner Verpflichtungen für EUR-Paletten an, die von der Kommission mit dem Beschluß 1999/642/EG <sup>(1)</sup> angenommen wurden. Folglich sind diese fünf Unternehmen in Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 2334/97 in die Liste derjenigen Unternehmen aufzunehmen, deren Verpflichtungsangebote für EUR-Paletten von der Kommission angenommen wurden, so daß der Zoll für die betreffenden Einfuhren nicht gilt —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 2334/97 wird durch Anhang I der vorliegenden Verordnung ersetzt.

*Artikel 2*

Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 2334/97 wird durch Anhang II der vorliegenden Verordnung ersetzt.

*Artikel 3*

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedsstaat.

Geschehen zu Brüssel am 27. September 1999.

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident*

K. HEMILÄ

---

<sup>(1)</sup> Siehe Seite 36 dieses Amtsblatts.

## ANHANG I

**Hersteller**

1. „Baum-Holz“ Sp.zo.o., Olsztyn
2. „DAST“ GmbH, Poznan
3. Drew-Pol Export-Import, Wodarz Norbert, Murow
4. E. Dziurny — C. Nowak S.C., Snietnica
5. F.P.H. „Tina“, Katowice
6. F.P.H. Tadeusz Fischer, Maly Gleboczek
7. F.P.U.H. „Rol-Mar“, Adam Piatek, Klodzko
8. Z.P.H.U. Mirosław Przybyiek, Klonowa
9. Internationale Paletten Company Sp., Leborg
10. „Kross-Pol“ Sp.zo.o., Kolobrzeg
11. P.P.U.H. „Drewmax“ Sp.zo.o. (vormals P.P.H. „Drewnex“), Krakow
12. P.P.H. „GKT“ S.C., Majdan Mowy
13. P.P.H. „Pamadex“, Ligota
14. P.P.H. „Unikat“, Aleksandrow IV 697
15. P.P.H.U. „Adapol“ S.C., Wolomin
16. P.P.U.H. „Alwa“ Sp.zo.o., Tychowo
17. P.P.U.H. „SMS“ — St. Mrozowicz, Suleczyno
18. P.T.H. „Mirex“, Kolobrzeg
19. P.W. „Peteco“ Sp.zo.o., Warszawa
20. Parafia Rzymsko-Katolicka, B. Niepokalaneg Dzialalnose Gospodaroza, Nowy Sacz
21. Produkcja Palet „A. Adamus“, Kuznia Grabowska
22. Produkcja Skup Palet Drewnianych, Stanislaw Lachowicz, Majdan Sieniawski 170
23. Przedsiębiorstwo „Amesko“, Andrzej Skora, Trzebnica
24. P.H.U. „Justyna“, Gubin
25. P.H.U. „Akropol“, Krakow
26. P.H.U. Produkcyjne „Lech“, Lech Szwez, Zazy
27. Przedsiębiorstwo Obrobki Drewna „Palet-Pol“ Sp.zo.o., Dabrowka WLKP
28. P.P.H. Zygmunt Skibinski, Kowal
29. P.P.H.U. „AWA“ Sp.zo.o., Nowy Sacz
30. Przedsiębiorstwo Wielobranzowe, Zdzislaw Milocki, Ostroda
31. „Scanproduct“ SA., Czarny Dunajec
32. SC „Bed“, Dariusz Zuk, Krasienin
33. S.U.T.R. „Rol Trak“, Prochowice
34. Stolarstwo Export-Import, Tadeusz Swirski, Długopole Zdroj
35. Torunskie Przedsiębiorstwo Przemyslu Drzewnego w Toruniu, Adam Wisniewski, Torun
36. „Transdrewneks“ Sp.zo.o., Grudziadz-Owczarki
37. W.Z.P.U.M. „Euro-Tech“, Rakszawa
38. Wytwarzanie Skrzyń i Opakowan Drewnianych, Malgorzata i Ryszard Nowak, Piaszyna
39. Zaklad Produkcyjno Bohuszko, Ryszard Bohuszko, Osno
40. Z.P.H. „Maw“ SC., Andrzej Kulej, Lubomierz
41. Zaklad Usługowo-Handlowy „Rolmex“, E. Cackowski, Lipno
42. Zaklad Wielobranzowy Produkcyjno Usługowy, Ryszard Potoniec, Muszyna
43. Zaklad Przerobu Drewna S.C., Drawsko Pomorskie
44. Z.P.H.U. „Drewex“ S.C., Asnieszka Pawlaczyk, Skwierzyna
45. Z.P.H.U. „Sek-Pol“ Sp.zo.o., Tarnobrzeg
46. „Euro-Mega-Plus“ Sp.zo.o., Kielce
47. „C.M.C.“, Sp.zo.o., Andrychow, Inwald

48. Wyrob, Sprzedaz, Skup Palet, Josef Kolodziejczyk, Aleksandrow IV 704
49. Firma Produkcyjno Transportowa Marian Gerka, Brodnica
50. Z.P.H.U. „Drewnex“ S.C., Zelazkow 45 b
51. Import-Export „Elko“ Sp.zo.o., Kalisz
52. P.P.H.U. „Probox“, Import-Export, Kalisz
53. Drewpal S.C., Stawiszyn
54. Zaman S.C., Radom
55. „Marimpex“, Pulawy
56. „AVEN“ Sp.zo.o., Kostrzyn
57. P.P.H.U. „Eurex“ S.C., Godynice
58. P.H. „Drewex“ S.C., Lebork
59. MACED Sklad Palet, J. Macionga, Miastko
60. ENKEL S.C., Pulawy
61. PAL-PACK Sp.zo.o., Wierzchowo
62. Produkcja Stolarska Posrednictwo Export-Import, W.i.T. HENSOLDT, Lebork
63. Biuro Usługowo-Handlowe, Wieslaw Rzezniczek, Lebork
64. P.P.U.H. „DREWPOL“, Braszewice
65. PTN Krukłanki Sp.zo.o., Krukłanki
66. WEDAM S.C., Stezyca
67. Import-Export Jan Sibinski, Czajkow
68. Zaklad Produkcyjny „Tarta“, Lubsko
69. Firma „Krausdrew“, Cewice
70. „Lidal“ S.C., Miastko
71. Zaklad Przerobu Drewna Import-Export, Stanislaw Kociolek, Ladek Zdroj
72. P.P.H.U. „Alk“, Bierzwnik
73. „Empol“ S.C., Jastrzebniki 37
74. Zaklad Produkcji Drzewnej Nr. 1, Export-Import, Julian Bartkowski, Sanok
75. P.P.H. „Drewex“, Czarnkow
76. „ZAP“ Przedsiębiorstwo Handlowe-Uslugowe Sp.C, Wschowa
77. P.P.H.U. „Opal“, Zygmunt Podgorski, Bukowsko 41
78. „Alega-Pol“, Sp.zo.o., Lubsko
79. P.P.H. „A-Produkt“ S.C., Resko
80. PPH „Paletex“ Sibinski Jaroslaw, Czajkow
81. Euro-Handels Sp.zo.o., Szczecin
82. Firma „KIKO“ S.C., Poznan
83. „Enkel“ Waldemar Wnuk, Pulawy
84. Sliwka Lucyna, Klodzko
85. Firma Borkowski S.C. Export-Import, Grabow n. Prosna
86. Produkcja — Skup Elementow i Palet, Stanislaw Gorecki, Czajkow
87. „Prodpalet“ Handel, Boleslawiec
88. Z.P.H.U. „Drexpert“ S.C., Olecko, Osiedle Lesk
89. „Bilusa“ Sp.zo.o, Klodawa
90. Pawel Bilko „Pablo“, Klodawa
91. ZPW „Gober“ Sp.zo.o., Gorzow Wlkp.
92. Kisiel Malgorzata „Drew-Pal“, Dobra Now
93. P.W. „Remag“, Zlocieniec
94. PPUH PAL-POL S.C., Prabuty
95. Firma „A.C.S.“ S.C., Kamien
96. Zaklad Produkcji Skrzyn i Opakowan Drewnianych Szuta Marian, Kawcze
97. P.T.P.U.H. „ROB-POL“, Milkow
98. Z.H.U.P. Agromal, Sieradz
99. SMT Sp.zo.o, Miastko

100. Firma Transdrewneks Gadzala Antoni, Torun
  101. Artur Rochmankowski, Trzcinsko-Zdroj
  102. „Depo“ Sp.zo.o, Ilowa
  103. B.P.R. Sp.zo.o, Warszawa
  104. „DREWNO“, Sp.zo.o, Nowy Sacz
  105. P.P.H. „Astra“ Sp.zo.o, Nowy Sacz
  106. „D&M&D“ Sp.zo.o, Blizanow
  107. P.P.H. „Vector“, Kalisz
  108. „Palko“ Sp.zo.o, Sedziszow
  109. P.P.H. Pol-Wood S.C., Rzekun
-

## ANHANG II

Hersteller	Zusätzlicher Taric-Code
1. „Baum-Holz“ Sp.zo.o., Olsztyn	8570
2. E. Dziurny — C. Nowak S.C., Snietnica	8571
3. F.P.H. „Tina“ S.C., Katowice	8572
4. Firma „Sabelmar“ S.C., Konczyce Male	8573
5. Z.P.H.U. Mirosław Przybyłek, Klonowa	8574
6. Internationale Paletten Company Sp., Leborg	8575
7. „Kross-Pol“ Sp.zo.o., Kolobrzeg	8576
8. P.P.U.H. „Drewmax“ Sp.zo.o. (vormals P.P.H. „Drewnex“), Krakow	8577
9. P.P.H. „GKT“ S.C., Majdan Nowy	8584
10. P.P.H. „Pamadex“, Ligota	8585
11. P.P.H. „Unikat“, Aleksandrow IV 697	8586
12. P.P.H.U. „Adapol“ S.C., Wolomin	8587
13. P.P.U.H. „Alpa“ Sp.zo.o., Dobrzyca	8588
14. P.P.U.H. „Alwa“ Sp.zo.o., Tychowo	8589
15. P.P.U.H. „Palimex“ Sp.zo.o., Włoszakowice	8590
16. P.P.U.H. „SMS“ — St. Mrozowicz, Suleczyno	8591
17. P.T.H. „Mirex“, Kolobrzeg	8597
18. P.W. „Intur-KFS“ Sp.zo.o., Inowroclaw	8662
19. P.W. „Peteco“ Sp.zo.o., Warszawa	8690
20. „Paletex“ Proddukcja Palet, Roman Panasiuk, Warszawa	8691
21. Produkcja Palet „A. Adamus“, Kuznia Grabowska	8692
22. P.H.U. „Akropol“, Krakow	8713
23. P.P.H. Zygmunt Skibinski, Kowal	8693
24. „Scanproduct“ SA., Czarny Dunajec	8715
25. S.U.T.R. „Rol Trak“, Prochowice	8714
26. „Transdrewneks“ Sp.zo.o., Grudziadz-Owczarki	8716
27. W.Z.P.U.M. „Euro-Tech“, Rakszawa	8725
28. Z.P.H. „Palettenwerk“—K. Kozik, Brystra Podhalanska	8726
29. Zaklad Przerobu Drewna S.C., Drawsko Pomorskie	8745
30. Z.P.H.U. „Sek-Pol“ Sp.zo.o., Tarnobrzeg	8526
31. „Euro-Mega-Plus“ Sp.zo.o., Kielce	8527



Hersteller	Zusätzlicher Taric-Code
32. „C.M.C.“, Sp.zo.o., Andrychow, Inwald	8528
33. Wyrob, Sprzedaz, Skup Palet, Josef Kolodziejczyk, Aleksandrow IV 704	8529
34. Firma Produkcyjno Transportowa Marian Gierka, Brodnica	8530
35. Z.P.H.U. „Drewnex“ S.C., Zelazkow 45 b	8531
36. Import-Export „Elko“ Sp.zo.o., Kalisz	8532
37. P.P.H.U. „Probox“, Import-Export, Kalisz	8533
38. Drewpal S.C., Stawiszyn	8534
39. Zaman S.C., Radom	8535
40. „Marimpex“, Pulawy	8537
41. „AVEN“ Sp.zo.o., Kostrzyn	8558
42. P.P.H.U. „Eurex“ S.C., Godynice	8538
43. MACED Sklad Palet, J. Macionga, Miastko	8539
44. ENKEL S.C., Pulawy	8540
45. Produkcja Stolarska Posrednictwo Export-Import, W.i.T. HENSOLDT, Lebork	8541
46. P.P.U.H. „DREWPOL“, Braszewice	8834
47. PTN Krukłanki Sp.zo.o., Krukłanki	8556
48. WEDAM S.C., Stezyca	8557
49. Import-Export Jan Sibinski, Czajkow	8559
50. P.P.H.U. „Alk“, Bierzwnik	8561
51. „Empol“ S.C., Jastrzebniki 37	8560
52. Euro-Handels Sp.zo.o., Szczecin	8440
53. PPH „Paletex“ Sibinski Jaroslaw, Czajkow	8441
54. Firma „KIKO“ S.C., Poznan	8443
55. „Enkel“ Waldemar Wnuk, Pulawy	8444
56. Sliwka Lucyna, Klodzko	8445
57. Firma Borkowski S.C. Export-Import, Grabow n. Prosna	8446
58. Produkcja — Skup Elementow i Palet, Stanislaw Gorecki, Czajkow	8483
59. „Bilusa“ Sp.zo.o, Klodawa	8484
60. PPUH PAL-POL S.C., Prabuty	8485
61. Firma „A.C.S.“ S.C., Kamien	8486
62. „SMT“ Sp.zo.o, Miastko	8562
63. Firma Transdrewneks Gadzala Antoni, Torun	8563
64. „Palko“ Sp.zo.o, Sedziszow	8565
65. „D&M&D“ Sp.zo.o, Blizanow	8566
66. P.P.H. „Vector“, Kalisz	8567

**VERORDNUNG (EG) Nr. 2049/1999 DES RATES****vom 27. September 1999****zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2450/98 zur Einführung eines endgültigen Ausgleichszolls auf die Einfuhren von Stabstahl aus nichtrostendem Stahl mit Ursprung in Indien und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 2026/97 des Rates vom 6. Oktober 1997 über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern<sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 15 und 20,

auf Vorschlag der Kommission nach Konsultation des Beratenden Ausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe:

**A. VORAUSGEGANGENES VERFAHREN**

(1) Mit seiner Verordnung (EG) Nr. 2450/98<sup>(2)</sup> hat der Rat einen endgültigen Ausgleichszoll auf die Einfuhr von Stabstahl aus nichtrostendem Stahl (nachstehend „betroffene Ware“ genannt) der KN-Codes 7222 20 11, 7222 20 21, 7222 20 31 und 7222 20 81 mit Ursprung in Indien eingeführt. Bei den Maßnahmen handelte es sich um Wertzölle in Höhe von 0 % bis 25,5 % mit einem Residualzoll von 25,5 %.

**B. DERZEITIGES VERFAHREN****1. Überprüfungsantrag**

(2) Nach der Einführung der endgültigen Maßnahmen erhielt die Kommission von den beiden in Bombay ansässigen indischen Herstellern Sindia Steels Ltd und Meltroll Engineering Pvt. Ltd einen Antrag auf Einleitung einer beschleunigten Überprüfung der Verordnung (EG) Nr. 2450/98 gemäß Artikel 20 der Verordnung (EG) Nr. 2026/97 (im folgenden „Grundverordnung“ genannt). Die betroffenen Unternehmen machten geltend, sie seien nicht mit anderen Ausführern der betroffenen Ware in Indien verbunden. Darüber hinaus hätten sie die betroffene Ware während des ursprünglichen Untersuchungszeitraums (1. Juli 1996 bis 30. Juni 1997) nicht in die Gemeinschaft exportiert, sondern erst im Anschluß an diesen Zeitraum mit der Ausfuhr begonnen.

Beide Unternehmen haben die Festsetzung individueller Zölle beantragt. Das Unternehmen Sindia Steels Ltd hatte sich während der ursprünglichen Untersuchung gemeldet; da es jedoch im Untersuchungszeitraum nicht in die Gemeinschaft exportiert hatte, wurde ihm ein gewogener durchschnittlicher Ausgleichszoll von 22,1 % gewährt. Meltroll Engineering Pvt. Ltd wurde hingegen mit dem Residualzoll von 25,5 % belegt.

**2. Einleitung der beschleunigten Überprüfung**

(3) Die Kommission prüfte die von den beiden indischen ausführenden Herstellern vorgelegten Beweise und kam zu dem Schluß, daß diese Beweise ausreichend waren, um die Einleitung einer Überprüfung gemäß Artikel 20 der Grundverordnung zu rechtfertigen. Nachdem sie den Beratenden Ausschuß angehört und dem Wirtschaftszweig der Gemeinschaft Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben hatte, leitete sie durch eine Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*<sup>(3)</sup> eine beschleunigte Überprüfung der Verordnung (EG) Nr. 2450/98 für die betroffenen Unternehmen ein und begann mit der Untersuchung.

**3. Betroffene Ware**

(4) Diese Überprüfung betrifft dieselbe Ware wie die Verordnung (EG) Nr. 2450/98.

**4. Betroffene Parteien**

(5) Die Kommission unterrichtete offiziell die beiden betroffenen Unternehmen und die Regierung Indiens. Darüber hinaus gab sie den anderen direkt betroffenen Parteien Gelegenheit, ihren Standpunkt schriftlich darzulegen und eine Anhörung zu beantragen. Ein derartiger Antrag ging jedoch bei der Kommission nicht ein.

Die Kommission sandte den betroffenen Unternehmen Fragebögen zu und erhielt fristgerecht vollständige Antworten. Sie holte alle für die Untersuchung als notwendig erachteten Informationen ein, überprüfte sie und führte in den Betrieben der Unternehmen Kontrollbesuche durch.

**5. Untersuchungszeitraum**

(6) Die Untersuchung der Subventionen betraf den Zeitraum vom 1. Januar 1998 bis 31. Dezember 1998 (nachstehend „Untersuchungszeitraum“ genannt).

**6. Methodik**

(7) Bei dieser Untersuchung wurde die gleiche Methodik angewandt wie in der ursprünglichen Untersuchung.

**C. UMFANG DER UNTERSUCHUNG**

(8) Diese Untersuchung beschränkte sich auf die Berechnung der Höhe der den Unternehmen Sindia Steels Ltd und Meltroll Engineering Ltd gewährten Subventionen.

<sup>(1)</sup> ABl. L 288 vom 21.10.1997, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. L 304 vom 14.11.1998, S. 1.

<sup>(3)</sup> ABl. C 19 vom 23.1.1999, S. 17.

- (9) Die Kommission prüfte dieselben Subventionsregelungen wie in der ursprünglichen Untersuchung. Außerdem wurde geprüft, ob die neuen Ausführer in den Genuß von Subventionsregelungen gekommen waren, die im ursprünglichen Antrag angegeben, jedoch während der ursprünglichen Untersuchung nicht in Anspruch genommen wurden.
- (10) Schließlich wurde geprüft, ob die neuen Ausführer in den Genuß von nach Ablauf des ursprünglichen Untersuchungszeitraums eingeführten Subventionsregelungen gekommen waren oder nach diesem Zeitraum Ad-hoc-Subventionen erhalten hatten.

#### D. UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE

##### 1. Status eines neuen Ausführers

- (11) Die Untersuchung bestätigte, daß die betroffenen Unternehmen die fragliche Ware im ursprünglichen Untersuchungszeitraum nicht ausgeführt hatten, sondern erst im Anschluß an diesen Zeitraum mit der Ausfuhr in die Gemeinschaft begannen.

Außerdem konnten die betroffenen Unternehmen hinreichend nachweisen, daß sie weder direkt noch indirekt mit einem der indischen ausführenden Hersteller verbunden sind, deren Ware Gegenstand der geltenden Ausgleichsmaßnahmen ist.

Daher wird bestätigt, daß die betroffenen Unternehmen gemäß Artikel 20 der Grundverordnung als neue Ausführer zu betrachten sind und folglich individuelle Subventionshöhen für sie festgelegt werden sollten. Die Tatsache, daß für das Unternehmen Sindia Steels bereits ein gewogener durchschnittlicher Ausgleichszoll und nicht ein Residualzoll gilt, beeinträchtigt in keiner Weise sein Recht, eine Überprüfung als neuer Ausführer zu beantragen, da die Kriterien des genannten Artikels 20 erfüllt sind.

##### 2. Subventionierung

- (12) Auf der Grundlage der Antworten auf die Fragebögen untersuchte die Kommission die folgenden fünf Regelungen:

- Passbook Scheme,
- Duty Entitlement Passbook Scheme,
- Export Promotion Capital Goods Scheme,
- freie Exportzonen/Exportorientierte Betriebe,
- Income Tax Exemption Scheme.

Alle diese Regelungen wurden in der ursprünglichen Untersuchung für anfechtbar befunden.

##### 3. Passbook Scheme (PBS)

- (13) Keines der betroffenen Unternehmen hatte die Passbook-Regelung in Anspruch genommen, die während des ursprünglichen Untersuchungszeitraums am 1. April 1997 aufgehoben und durch das Duty Entitlement Passbook Scheme (DEPB) ersetzt wurde.

#### 4. Duty Entitlement Passbook Scheme (DEPB)

##### Allgemeines

- (14) Es wurde festgestellt, daß die beiden betroffenen Unternehmen Vorteile im Rahmen dieser Regelung erhalten haben. Beide Unternehmen haben das DEPB auf Nachausfuhrbasis in Anspruch genommen.

Im Rahmen dieser Regelung kann jeder berechtigte Ausführer Gutschriften beantragen, die als Prozentsatz des Wertes der ausgeführten Fertigerzeugnisse berechnet werden. Die indischen Behörden haben für die meisten Waren, einschließlich der betroffenen Ware, solche DEPB-Sätze auf der Grundlage der „Standard Input/Output norms“ festgelegt. Eine Lizenz mit Angabe der Höhe der Gutschrift wird automatisch ausgestellt.

Im Rahmen des DEPB auf Nachausfuhrbasis können solche Gutschriften mit Ausnahme von Waren, deren Einfuhr beschränkt oder verboten ist, für alle späteren Einfuhren (z. B. Ausgangsstoffe oder Investitionsgüter) in Anspruch genommen werden. Die so eingeführten Waren können entweder auf dem Inlandsmarkt verkauft (wobei sie der Umsatzsteuer unterliegen) oder einer anderen Verwendung zugeführt werden.

Die DEPB-Gutschriften sind frei übertragbar. Die DEPB-Lizenz ist über einen Zeitraum von 12 Monaten ab dem Ausstellungsdatum gültig.

- (15) Das DEPB wurde seit der ursprünglichen Untersuchung nicht geändert. Die in Form der Befreiung von den Einfuhrzöllen gewährte Subvention ist von der Ausfuhrleistung abhängig und wurde deshalb in der ursprünglichen Untersuchung als spezifisch im Sinne von Artikel 3 Absatz 4 Buchstabe a) der Grundverordnung und damit als anfechtbar eingestuft.

##### Berechnung der Subventionshöhe

- (16) Es wurde festgestellt, daß keines der Unternehmen die Lizenzen verwendet hatte, um zollfreie Einfuhren zu tätigen. Statt dessen verkauften die Unternehmen einige ihrer Lizenzen, und der Vorteil wurde auf der Grundlage der in der Lizenz angegebenen Höhe der Gutschrift berechnet, ohne den Verkaufspreis der Lizenz zu berücksichtigen. Diese Unternehmen beantragten, der Vorteil solle ausschließlich auf der Grundlage des tatsächlichen Verkaufspreis der Lizenz berechnet werden, der häufig niedriger liege als der Nennwert der Gutschrift in der Lizenz. Im Einklang mit den vorläufigen Feststellungen zu den Einfuhren von Draht aus nichtrostendem Stahl mit Ursprung in Indien (Kommissionsverordnungen (EG) Nr. 618/1999 <sup>(1)</sup> und 619/1999 <sup>(2)</sup>) kann diesem Antrag jedoch nicht stattgegeben werden, da der Verkauf einer Lizenz zu einem unter dem Nennwert liegenden Preis eine reine Geschäftsentscheidung darstellt, die nichts an der Höhe des anfechtbaren Vorteils ändert, der aus dieser Regelung erwächst.

<sup>(1)</sup> ABl. L 79 vom 24.3.1999, S. 25.

<sup>(2)</sup> ABl. L 79 vom 24.3.1999, S. 60.

- (17) Um den gesamten Vorteil der Empfänger im Rahmen dieser Regelung zu ermitteln, wurde der Betrag der Gutschrift um die Zinsen für den Untersuchungszeitraum erhöht. Da die Vorteile in Form der Befreiung von den Einfuhrabgaben während des Untersuchungszeitraums regelmäßig gewährt wurden, wurde es für angemessen befunden, das in der ursprünglichen Untersuchung festgelegte Verfahren anzuwenden und für einen Zeitraum von sechs Monaten Zinsen zu einem Zinssatz von 7,29 % zu berechnen, der die Hälfte des während des Untersuchungszeitraums in Indien üblichen Jahresmarktzinssatzes von 14,58 % entspricht. Dieser Betrag (nicht entrichtete Zölle plus Zinsen) wurde auf die Gesamtausfuhren des Untersuchungszeitraums verteilt.

Sindia Steels Ltd und Meltroll Engineering Pvt. Ltd sind im Untersuchungszeitraum in den Genuß dieser Regelung gekommen und haben Subventionen von 11,7 % bzw. 4,9 % erhalten. Soweit die Unternehmen Ermäßigungen im Zusammenhang mit der Zahlung von Gebühren für die DEPB-Lizenz beantragten, wurde den Anträgen stattgegeben.

#### 5. Export Promotion Capital Goods Scheme (EPCGS) — Exportförderprogramm mit Präferenz Einfuhrzöllen auf Investitionsgüter

##### Allgemeines

- (18) Es wurde festgestellt, daß Sindia Steels Ltd diese Regelung in Anspruch genommen hat.

Um in den Genuß der Regelung zu kommen, muß das Unternehmen den zuständigen Behörden Angaben zu der Art und dem Wert der einzuführenden Investitionsgüter vorlegen. Je nach dem Umfang der Ausfuhren, zu denen sich das Unternehmen verpflichtet hat, darf es Investitionsgüter entweder zollfrei oder zu einem ermäßigten Zollsatz einführen. Eine Lizenz, die die präferenzbegünstigten Einfuhren ermöglicht, wird automatisch erteilt.

Um die Ausfuhrverpflichtung zu erfüllen, muß die ausgeführte Ware unter Verwendung der eingeführten Investitionsgüter hergestellt worden sein.

Für die Lizenz ist eine Antragsgebühr zu entrichten.

- (19) Das EPCGS wurde seit der ursprünglichen Untersuchung nicht geändert. In deren Rahmen war festgestellt worden, daß es sich um eine anfechtbare Subvention handelt, da die Gewährung eines ermäßigten Zollsatzes bzw. die Zollbefreiung für einen Ausführer eine finanzielle Beihilfe der indischen Regierung darstellt, die auf normalerweise zu entrichtende Abgaben verzichtet und dem Empfänger durch die Ermäßigung der Einfuhrzölle bzw. die vollständige Zollbefreiung einen Vorteil gewährt.

Da die Subvention nicht ohne eine Ausfuhrverpflichtung gewährt wird, ist sie im Sinne von Artikel 3 Absatz 4 Buchstabe a) der Grundverordnung rechtlich von der Ausfuhrleistung abhängig und daher als spezifisch und anfechtbar anzusehen.

##### Berechnung der Subventionshöhe

- (20) Der Vorteil für die Ausführer wurde auf der Grundlage der nicht entrichteten Zölle auf die eingeführten Investitionsgüter berechnet, wobei dieser Betrag über einen Zeitraum verteilt wurde, der dem normalen Abschreibungszeitraum solcher Investitionsgüter in dem betroffenen Wirtschaftszweig entspricht. Zur Ermittlung dieses Zeitraums wurde (auf der Grundlage der hergestellten Mengen der betroffenen Ware) der gewogene Durchschnitt der Abschreibungszeiträume für die von jedem Unternehmen im Rahmen des EPCGS tatsächlich eingeführten Waren herangezogen, woraus sich ein normaler Abschreibungszeitraum von 15,5 Jahren ergab. Da diese Subvention einem einmaligen Zuschuß entspricht, wurde der auf diese Weise für den Untersuchungszeitraum berechnete Betrag um Zinsen zum Jahreszinssatz von 14,58 % erhöht. Dieser Betrag wurde dann auf die Gesamtausfuhren im Untersuchungszeitraum verteilt.
- (21) Sindia Steels Ltd erhielt im Rahmen dieser Regelung einen Vorteil von 0,3 %.

#### 6. Freie Exportzonen (FEZ)/Exportorientierte Betriebe (EOB)

- (22) Die Kommission stellte fest, daß die beiden Unternehmen weder in FEZ ansässig, noch EOB sind. Folglich braucht die Kommission diese Regelung im Rahmen der Untersuchung nicht zu prüfen.

#### 7. Income Tax Exemption Scheme (ITES) — Befreiung von der Körperschaftsteuer

##### Allgemeines

- (23) Es wurde festgestellt, daß Meltroll Engineering Pvt. Ltd diese Regelung in Anspruch genommen hat.

Um in den Genuß der Steuerbefreiungen zu kommen, muß das Unternehmen am Ende des Steuerjahres bei den Steuerbehörden zusammen mit seiner Steuererklärung einen entsprechenden Antrag einreichen. Das Steuerjahr beginnt am 1. April und endet am 31. März. Die Steuererklärung ist den Behörden bis zum darauffolgenden 30. November vorzulegen. Die endgültige Beurteilung durch die Behörden kann bis zu drei Jahre nach Abgabe der Steuererklärung dauern.

Nach Abschnitt 80HHC können die Unternehmen für Erträge aus Ausfuhren eine 100 %ige Steuerbefreiung beantragen.

(24) Das ITES wurde seit der ursprünglichen Untersuchung nicht geändert. In deren Rahmen war festgestellt worden, daß die durch die Befreiung von der Körperschaftsteuer gewährte Subvention im Sinne von Artikel 3 Absatz 4 Buchstabe a) der Grundverordnung abhängig von der Ausführleistung ist, da ausschließlich Gewinne aus Ausfuhrverkäufen befreit werden; sie ist folglich als spezifisch und anfechtbar anzusehen.

Zinsen für den Untersuchungszeitraum erhöht. Da diese Art von Subvention einem einmaligen Zuschuß entspricht, wurde der Marktzinssatz von 14,58 % als angemessen angesehen. Die Höhe des Vorteils wurde auf die Gesamtausfuhren im Steuerjahr 1997/98 verteilt.

Meltroll Engineering Pvt. Ltd hat im Rahmen dieser Regelung einen Vorteil von 0,6 % erhalten.

*Berechnung der Subventionshöhe*

(25) Wie unter Randnummer 23 dargelegt, sind Anträge im Rahmen von Abschnitt 80HHC zusammen mit der Steuererklärung am Ende des Steuerjahres vorzulegen. Da das Steuerjahr in Indien vom 1. April bis zum 31. März dauert, wurde es als angemessen angesehen, bei der Berechnung des aus dieser Regelung erwachsenden Vorteils das Steuerjahr 1997/98 (d. h. 1. April 1997 bis 31. März 1998) zugrunde zu legen. Der Vorteil für die Ausführer wurde daher anhand der Differenz zwischen der Höhe der normalerweise zu entrichtenden Steuern mit und ohne Inanspruchnahme der Befreiung berechnet. In dem betreffenden Steuerjahr betrug der Körperschaftsteuersatz 35 %. Um den gesamten Vorteil des Empfängers zu ermitteln, wurde dieser Betrag um die

(26) Es wurde festgestellt, daß die neuen Ausführer weder in den Genuß von nach Ablauf des ursprünglichen Untersuchungszeitraums eingeführten Subventionsregelungen gekommen waren, noch nach diesem Zeitraum Ad-hoc-Subventionen erhalten hatten.

**8. Sonstige Regelungen**

**9. Höhe der anfechtbaren Subventionen**

(27) Unter Berücksichtigung der endgültigen Feststellungen zu den vorstehend dargelegten verschiedenen Regelungen haben die beiden geprüften ausführenden Hersteller anfechtbare Subventionen in folgender Höhe erhalten:

	DEPB	EPCGS	Körperschaftsteuer	Insgesamt
Sindia Steels Ltd	11,7 %	0,3 %		12,0 %
Meltroll Engineering Pvt. Ltd	4,9 %		0,6 %	5,5 %

**E. ÄNDERUNG DER ÜBERPRÜFTEN MASSNAHMEN**

- (28) Auf der Grundlage der während der Untersuchung getroffenen Feststellungen wird die Auffassung vertreten, daß der von den genannten Unternehmen hergestellte und ausgeführte Stabstahl aus nichtrostendem Stahl Gegenstand von Ausgleichszöllen sein sollte, die der für jedes Unternehmen individuell ermittelten Subventionshöhe entsprechen.
- (29) Die Verordnung (EG) Nr. 2450/98 ist entsprechend zu ändern.

**F. UNTERRICHTUNG UND GELTUNGSDAUER DER MASSNAHME**

- (30) Die betroffenen Unternehmen wurden über die Tatsachen und Erwägungen unterrichtet, auf deren Grundlage beabsichtigt wurde, eine Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2450/98 vorzuschlagen, und erhielten Gelegenheit zur Stellungnahme.
- (31) Die Überprüfung berührt nicht den Zeitpunkt, zu dem die Verordnung (EG) Nr. 2450/98 gemäß Artikel 18 Absatz 1 der Grundverordnung außer Kraft tritt —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Artikel 1 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 2450/98 wird wie folgt geändert:

- a) Der Zollsatz für Sindia Steels Ltd (Taric-Zusatzcode 8406) beträgt 12 %.
- b) Die Liste der Unternehmen, die den Maßnahmen unterliegen, wird wie folgt ergänzt:

„Hersteller	Zollsatz (%)	Taric-Zusatzcode
— Meltroll Engineering Ltd, Mumbai	5,5	A021“

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 27. September 1999.

*Im Namen des Rates*

*Der Präsident*

K. HEMILÄ

---

**VERORDNUNG (EG) Nr. 2050/1999 DER KOMMISSION**

**vom 29. September 1999**

**zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1666/98, (EG) Nr. 1667/98, (EG) Nr. 1735/98, (EG) Nr. 1758/98, (EG) Nr. 1759/98, (EG) Nr. 1760/98, (EG) Nr. 2198/98, (EG) Nr. 1066/1999, (EG) Nr. 1067/1999, (EG) Nr. 1392/1999, (EG) Nr. 1393/1999, (EG) Nr. 1704/1999 und (EG) Nr. 1855/1999, zur Eröffnung von Dauerausschreibungen zur Ausfuhr von Getreide aus Beständen bestimmter Interventionsstellen**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1253/1999 <sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der Verordnung (EWG) Nr. 2131/93 der Kommission <sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 39/1999 <sup>(4)</sup>, wurden das Verfahren und die Bedingungen für den Verkauf von Getreide aus Beständen der Interventionsstellen festgelegt.
- (2) Die letzte Teilausschreibung im Rahmen der Ausschreibungen gemäß den Verordnungen der Kommission (EG) Nr. 1666/98 <sup>(5)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1767/1999 <sup>(6)</sup>, (EG) Nr. 1667/98 <sup>(7)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1507/1999 <sup>(8)</sup>, (EG) Nr. 1735/98 <sup>(9)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1144/1999 <sup>(10)</sup>, (EG) Nr. 1758/98 <sup>(11)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1966/1999 <sup>(12)</sup>, (EG) Nr. 1759/98 <sup>(13)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1768/1999 <sup>(14)</sup>, (EG) Nr. 1760/98 <sup>(15)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1967/1999 <sup>(16)</sup>, (EG) Nr. 2198/98 <sup>(17)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1822/1999 <sup>(18)</sup>, (EG) Nr.

1066/1999 <sup>(19)</sup>, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1144/1999, (EG) Nr. 1067/1999 <sup>(20)</sup>, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1144/1999, (EG) Nr. 1392/1999 <sup>(21)</sup>, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1660/1999 <sup>(22)</sup>, (EG) Nr. 1393/1999 <sup>(23)</sup>, (EG) Nr. 1704/1999 <sup>(24)</sup> und (EG) Nr. 1855/1999 <sup>(25)</sup>, muß auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

- (3) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Artikel 5 Absatz 3 der Verordnungen (EG) Nr. 1666/98, (EG) Nr. 1667/98, (EG) Nr. 1735/98, (EG) Nr. 1758/98, (EG) Nr. 1759/98, (EG) Nr. 1760/98, (EG) Nr. 2198/98, (EG) Nr. 1066/1999, (EG) Nr. 1067/1999, (EG) Nr. 1392/1999, (EG) Nr. 1393/1999, (EG) Nr. 1704/1999 und (EG) Nr. 1855/1999 erhält folgende Fassung:

„(3) Die letzte Teilausschreibung läuft am 25. Mai 2000 um 9.00 Uhr (Brüsseler Zeit) aus.“

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedsstaat.

Brüssel, den 29. September 1999

*Für die Kommission*

Franz FISCHLER

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. L 181 vom 1.7.1992, S. 21.

<sup>(2)</sup> ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 18.

<sup>(3)</sup> ABl. L 191 vom 31.7.1993, S. 76.

<sup>(4)</sup> ABl. L 5 vom 9.1.1999, S. 64.

<sup>(5)</sup> ABl. L 211 vom 29.7.1998, S. 12.

<sup>(6)</sup> ABl. L 211 vom 11.8.1999, S. 26.

<sup>(7)</sup> ABl. L 211 vom 29.7.1998, S. 17.

<sup>(8)</sup> ABl. L 175 vom 10.7.1999, S. 23.

<sup>(9)</sup> ABl. L 217 vom 5.8.1998, S. 13.

<sup>(10)</sup> ABl. L 137 vom 1.6.1999, S. 20.

<sup>(11)</sup> ABl. L 221 vom 8.8.1998, S. 3.

<sup>(12)</sup> ABl. L 244 vom 16.9.1999, S. 18.

<sup>(13)</sup> ABl. L 221 vom 8.8.1998, S. 8.

<sup>(14)</sup> ABl. L 211 vom 11.8.1999, S. 28.

<sup>(15)</sup> ABl. L 221 vom 8.8.1998, S. 13.

<sup>(16)</sup> ABl. L 244 vom 16.9.1999, S. 20.

<sup>(17)</sup> ABl. L 277 vom 14.10.1998, S. 9.

<sup>(18)</sup> ABl. L 221 vom 21.8.1999, S. 3.

<sup>(19)</sup> ABl. L 130 vom 26.5.1999, S. 3.

<sup>(20)</sup> ABl. L 130 vom 26.5.1999, S. 9.

<sup>(21)</sup> ABl. L 163 vom 29.6.1999, S. 21.

<sup>(22)</sup> ABl. L 197 vom 29.7.1999, S. 15.

<sup>(23)</sup> ABl. L 163 vom 29.6.1999, S. 26.

<sup>(24)</sup> ABl. L 201 vom 31.7.1999, S. 46.

<sup>(25)</sup> ABl. L 228 vom 28.8.1999, S. 3.

**VERORDNUNG (EG) Nr. 2051/1999 DER KOMMISSION**  
**vom 29. September 1999**  
**zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3223/94 der Kommission vom 21. Dezember 1994 mit Durchführungsbestimmungen zur Einfuhrregelung für Obst und Gemüse <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1498/98 <sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 4 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die in Anwendung der Ergebnisse der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde von der Kommission festzulegenden, zur Bestimmung der pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigenden Kriterien sind in der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 für die in

ihrem Anhang angeführten Erzeugnisse und Zeiträume festgelegt.

- (2) In Anwendung der genannten Kriterien sind die im Anhang zur vorliegenden Verordnung ausgewiesenen pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die in Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 genannten pauschalen Einfuhrwerte sind in der Tabelle im Anhang zur vorliegenden Verordnung festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 30. September 1999 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 29. September 1999

*Für die Kommission*

Franz FISCHLER

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. L 337 vom 24.12.1994, S. 66.

<sup>(2)</sup> ABl. L 198 vom 15.7.1998, S. 4.



## ANHANG

**zu der Verordnung der Kommission vom 29. September 1999 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise**

(EUR/100 kg)

KN-Code	Drittland-Code (1)	Pauschaler Einfuhrpreis
0702 00 00	052	52,5
	999	52,5
0707 00 05	628	125,1
	999	125,1
0709 90 70	052	62,9
	999	62,9
0805 30 10	052	75,8
	388	69,9
	512	61,0
	524	56,2
	528	71,9
0806 10 10	999	67,0
	052	106,5
	064	75,2
	400	234,6
0808 10 20, 0808 10 50, 0808 10 90	999	138,8
	064	37,9
	388	57,2
	400	44,5
	800	185,5
	804	41,8
0808 20 50	999	73,4
	052	84,5
	064	60,8
	388	181,1
0809 30 10, 0809 30 90	999	108,8
	052	113,7
	999	113,7
0809 40 05	060	60,3
	064	62,8
	066	68,0
	400	119,0
	624	192,4
	999	100,5

(1) Nomenklatur der Länder gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2645/98 der Kommission (Abl. L 335 vom 10.12.1998, S. 22). Der Code „999“ steht für „Verschiedenes“.

**VERORDNUNG (EG) Nr. 2052/1999 DER KOMMISSION****vom 29. September 1999****zur Festsetzung des Höchstbetrags der Ausfuhrerstattung für Weißzucker für die im Rahmen der Dauerausschreibung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1489/1999 durchgeführte 9. Teilausschreibung**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2038/1999 des Rates vom 13. September 1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 18 Absatz 5 zweiter Unterabsatz Buchstabe b),

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1489/1999 der Kommission vom 7. Juli 1999 betreffend eine Dauerausschreibung für die Festsetzung von Abschöpfungen und/oder Erstattungen bei der Ausfuhr von Weißzucker <sup>(2)</sup>, werden Teilausschreibungen für die Ausfuhr dieses Zuckers durchgeführt.
- (2) Gemäß Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1489/1999 ist gegebenenfalls ein Höchstbetrag der Ausfuhrerstattung für die betreffende Teilausschreibung insbesondere unter Berücksichtigung der Lage und der

voraussichtlichen Entwicklung des Zuckermarktes in der Gemeinschaft sowie des Weltmarktes festzusetzen.

- (3) Nach Prüfung der Angebote sind für die 9. Teilausschreibung die in Artikel 1 genannten Bestimmungen festzulegen.
- (4) Der Verwaltungsausschuß für Zucker hat nicht innerhalb der ihm von seinem Vorsitzenden gesetzten Frist Stellung genommen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Für die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1489/1999 durchgeführte 9. Teilausschreibung für Weißzucker wird eine Ausfuhrerstattung von höchstens 52,052 EUR/100 kg festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 30. September 1999 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedsstaat.

Brüssel, den 29. September 1999

*Für die Kommission*

Franz FISCHLER

*Mitglied der Kommission*<sup>(1)</sup> ABl. L 252 vom 25.9.1999, S. 1.<sup>(2)</sup> ABl. L 172 vom 8.7.1999, S. 27.

**VERORDNUNG (EG) Nr. 2053/1999 DER KOMMISSION**

**vom 29. September 1999**

**zur Festsetzung der repräsentativen Preise und der zusätzlichen Einfuhrzölle für Melasse im Zuckersektor**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 2038/1999 des Rates vom 13. September 1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker <sup>(1)</sup>,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1422/95 der Kommission vom 23. Juni 1995 mit Durchführungsbestimmungen für die Einfuhr von Melasse im Zuckersektor und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 785/68 <sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 3 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1422/95 wird der cif-Preis bei der Einfuhr von Melasse, im folgenden „repräsentativer Preis“ genannt, nach Maßgabe der Verordnung (EWG) Nr. 785/68 der Kommission <sup>(3)</sup> bestimmt. Dieser Preis gilt für die Standardqualität gemäß Artikel 1 der genannten Verordnung.
- (2) Der repräsentative Preis für Melasse wird für einen Grenzübergangsort der Gemeinschaft, in diesem Fall Amsterdam, festgesetzt. Der Preis muß auf der Grundlage der günstigsten Einkaufsmöglichkeiten auf dem Weltmarkt unter Berücksichtigung der nach Maßgabe der etwaigen Qualitätsunterschiede gegenüber der Standardqualität berichtigten Notierungen oder Preises dieses Marktes berechnet werden. Die Standardqualität für Melasse ist in der Verordnung (EWG) Nr. 785/68 festgelegt.
- (3) Zur Feststellung der günstigsten Einkaufsmöglichkeiten auf dem Weltmarkt müssen alle Informationen betreffend die Angebote auf dem Weltmarkt, die auf den wichtigen Märkten in Drittländern festgestellten Preise und die Verkaufsabschlüsse im Rahmen des internationalen Handels berücksichtigt werden, die die Kommission von den Mitgliedstaaten erhält bzw. die ihr aus eigenen Quellen vorliegen. Bei dieser Feststellung gemäß Artikel 7 der Verordnung (EWG) Nr. 785/68 ist es möglich, den Durchschnitt mehrerer Preise zugrunde zu legen, soweit dieser Durchschnitt für die tatsächliche Markttendenz als repräsentativ gelten kann.
- (4) Nicht berücksichtigt werden die Informationen, wenn die Ware nicht gesund und von handelsüblicher Qualität ist oder wenn der Angebotspreis nur eine geringe, für

den Markt nicht repräsentative Menge betrifft. Außerdem sind Angebotspreise auszuschließen, die als für die tatsächliche Markttendenz nicht repräsentativ gelten.

- (5) Um vergleichbare Angaben für Melasse der Standardqualität zu erhalten, müssen die Preise je nach Qualität der angebotenen Melasse nach Maßgabe der in Anwendung von Artikel 6 der Verordnung (EWG) Nr. 785/68 erzielten Ergebnisse erhöht oder verringert werden.
- (6) Ein repräsentativer Preis kann ausnahmsweise während eines begrenzten Zeitraums auf unveränderter Höhe beibehalten werden, wenn der Angebotspreis, der als Grundlage für die vorangegangene Festsetzung des repräsentativen Preises gedient hat, der Kommission nicht zur Kenntnis gelangt ist und die vorliegenden, offenbar für die effektive Markttendenz nicht repräsentativen Angebotspreise zu plötzlichen und erheblichen Änderungen des repräsentativen Preises führen würden.
- (7) Besteht zwischen dem Auslösungspreis für das fragliche Erzeugnis und dem repräsentativen Preis ein Unterschied, so sind nach Maßgabe von Artikel 3 der Verordnung (EG) Nr. 1422/95 zusätzliche Einfuhrzölle festzusetzen. Bei Aussetzung der Einfuhrzölle gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1422/95 sind für diese Zölle besondere Beträge festzusetzen.
- (8) Aus der Anwendung dieser Bestimmungen ergibt sich, daß die repräsentativen Preise und die zusätzlichen Zölle bei der Einfuhr der betreffenden Erzeugnisse nach Maßgabe des Anhangs dieser Verordnung festzusetzen sind.
- (9) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Zucker —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die repräsentativen Preise und die zusätzlichen Zölle bei der Einfuhr der Erzeugnisse des Artikels 1 der Verordnung (EG) Nr. 1422/95 werden entsprechend dem Anhang festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 30. September 1999 in Kraft.

<sup>(1)</sup> ABl. L 252 vom 25.9.1999, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. L 141 vom 24.6.1995, S. 12.

<sup>(3)</sup> ABl. L 145 vom 27.6.1968, S. 12.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 29. September 1999

*Für die Kommission*  
 Franz FISCHLER  
 Mitglied der Kommission

---

ANHANG

**zur Festsetzung der repräsentativen Preise und der zusätzlichen Zölle bei der Einfuhr von Melasse im Zuckersektor**

(in EUR)

KN-Code	Repräsentativer Preis pro 100 kg Eigengewicht des Erzeugnisses	Zusätzlicher Zoll pro 100 kg Eigengewicht des Erzeugnisses	Bei der Einfuhr des Erzeugnisses wegen der Aussetzung gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1422/95 anzuwendender Betrag <sup>(2)</sup> pro 100 kg Eigengewicht
1703 10 00 <sup>(1)</sup>	6,16	0,29	—
1703 90 00 <sup>(1)</sup>	7,54	0,00	—

<sup>(1)</sup> Festsetzung für die Standardqualität gemäß Artikel 1 der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 785/68.

<sup>(2)</sup> Dieser Betrag ersetzt gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1422/95 den für diese Erzeugnisse festgesetzten Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs.

**VERORDNUNG (EG) Nr. 2054/1999 DER KOMMISSION**  
**vom 29. September 1999**  
**zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 2038/1999 des Rates vom 13. September 1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 18 Absatz 5 Unterabsatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Nach Artikel 18 der Verordnung (EG) Nr. 2038/1999 kann der Unterschied zwischen den Notierungen oder Preisen auf dem Weltmarkt der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a) der angeführten Verordnung genannten Erzeugnisse und den Preisen dieser Erzeugnisse in der Gemeinschaft durch eine Erstattung bei der Ausfuhr ausgeglichen werden.
- (2) Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2038/1999 sind die Erstattungen für den nicht denaturierten und in unverändertem Zustand ausgeführten Weißzucker und Rohzucker unter Berücksichtigung der Lage auf dem Markt der Gemeinschaft und auf dem Weltzuckermarkt und insbesondere der in Artikel 19 der angeführten Verordnung genannten Preise und Kostenelemente festzusetzen. Nach demselben Artikel sind zugleich die wirtschaftlichen Aspekte der beabsichtigten Ausfuhr zu berücksichtigen.
- (3) Für Rohzucker ist die Erstattung für die Standardqualität festzusetzen. Diese ist in Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 431/68 des Rates vom 9. April 1968 über die Bestimmung der Standardqualität für Rohzucker und des Grenzübergangsorts der Gemeinschaft für die Berechnung der cif-Preise für Zucker <sup>(2)</sup>, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 <sup>(3)</sup>, festgelegt worden. Diese Erstattung ist im übrigen gemäß Artikel 19 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 2038/1999 festzusetzen. Kandiszucker wurde in der Verordnung (EG) Nr. 2135/

95 der Kommission vom 7. September 1995 mit Durchführungsvorschriften für die Gewährung von Ausfuhrerstattungen im Zuckersektor <sup>(4)</sup> definiert. Die so berechnete Erstattung muß bei aromatisiertem oder gefärbtem Zucker für dessen Saccharosegehalt gelten und somit für 1 v. H. dieses Gehalts festgesetzt werden.

- (4) Die Lage auf dem Weltmarkt oder die besonderen Erfordernisse bestimmter Märkte können es notwendig machen, die Erstattung für Zucker nach der Bestimmung in unterschiedlicher Höhe festzusetzen.
- (5) In besonderen Fällen kann der Erstattungsbetrag durch Rechtsakte anderer Art festgesetzt werden.
- (6) Die Erstattung wird alle zwei Wochen festgesetzt. Sie kann zwischenzeitlich geändert werden.
- (7) Die Anwendung dieser Regeln auf die gegenwärtige Marktlage im Zuckersektor und insbesondere die Notierungen und Preise für Zucker in der Gemeinschaft und auf dem Weltmarkt führt dazu, die im Anhang angegebenen Erstattungsbeträge festzusetzen.
- (8) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Zucker —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die Erstattungen bei der Ausfuhr in unverändertem Zustand der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a) der Verordnung (EG) Nr. 2038/1999 genannten und nicht denaturierten Erzeugnisse werden wie im Anhang angegeben festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 30. September 1999 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 29. September 1999

*Für die Kommission*

Franz FISCHLER

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. L 252 vom 25.9.1999, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. L 89 vom 10.4.1968, S. 3.

<sup>(3)</sup> ABl. L 349 vom 31.12.1994, S. 105.

<sup>(4)</sup> ABl. L 214 vom 8.9.1995, S. 16.

## ANHANG

## zur Verordnung der Kommission vom 29. September 1999 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Weißzucker und Rohzucker in unverändertem Zustand

Erzeugniscode	Betrag der Erstattung
	— in EUR/100 kg —
1701 11 90 9100	43,51 <sup>(1)</sup>
1701 11 90 9910	42,64 <sup>(1)</sup>
1701 11 90 9950	<sup>(2)</sup>
1701 12 90 9100	43,51 <sup>(1)</sup>
1701 12 90 9910	42,64 <sup>(1)</sup>
1701 12 90 9950	<sup>(2)</sup>
	— in EUR/1 % Saccharose × 100 kg —
1701 91 00 9000	0,4730
	— in EUR/100 kg —
1701 99 10 9100	47,30
1701 99 10 9910	48,67
1701 99 10 9950	48,67
	— in EUR/1 % Saccharose × 100 kg —
1701 99 90 9100	0,4730

<sup>(1)</sup> Dieser Betrag gilt für Rohzucker mit einem Rendementwert von 92 v. H. Wenn der Rendementwert des ausgeführten Rohzuckers von 92 v. H. abweicht, wird der anwendbare Erstattungsbetrag gemäß den Bestimmungen von Artikel 19 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 2038/1999 errechnet.

<sup>(2)</sup> Diese Festsetzung wurde ausgesetzt durch die Verordnung (EWG) Nr. 2689/85 der Kommission (ABl. L 255 vom 26.9.1985, S. 12), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3251/85 (ABl. L 309 vom 21.11.1985, S. 14).

**VERORDNUNG (EG) Nr. 2055/1999 DER KOMMISSION****vom 28. September 1999****zur Festsetzung von Durchschnittswerten je Einheit für die Ermittlung des Zollwerts bestimmter verderblicher Waren**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 955/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(2)</sup>,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission vom 2. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften <sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1662/1999 <sup>(4)</sup>, insbesondere auf Artikel 173 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Artikel 173 bis 177 der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 sehen vor, daß die Kommission periodische Durchschnittswerte je Einheit für die Waren nach der

Klasseneinteilung gemäß Anhang Nr. 26 dieser Verordnung festsetzt.

- (2) Die Anwendung der in den obengenannten Artikeln festgelegten Regeln und Kriterien auf die der Kommission nach Artikel 173 Absatz 2 der genannten Verordnung mitgeteilten Angaben führt zu den im Anhang zur vorliegenden Verordnung festgesetzten Durchschnittswerten je Einheit —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die in Artikel 173 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 vorgesehenen Durchschnittswerte je Einheit werden wie im Anhang angegeben festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1999 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 28. September 1999

*Für die Kommission*

Mario MONTI

*Mitglied der Kommission*<sup>(1)</sup> ABl. L 302 vom 19.10.1992, S. 1.<sup>(2)</sup> ABl. L 119 vom 7.5.1999, S. 1.<sup>(3)</sup> ABl. L 253 vom 11.10.1993, S. 1.<sup>(4)</sup> ABl. L 162 vom 29.7.1999, S. 25.

## ANHANG

Rubrik	Warenbezeichnung	Durchschnittswerte je Einheit (Betrag)/100 kg netto						
	Ware, Art, KN-Code	a) b) c)	EUR FIM SEK	ATS FRF BEF/LUF	DEM IEP GBP	DKK ITL	GRD NLG	ESP PTE
1.10	Frühkartoffeln/Erdäpfel 0701 90 51 0701 90 59	a) b) c)	9,26 55,06 79,84	127,42 60,74 373,55	18,11 7,29 5,90	68,81 17 929,86	3 034,22 20,41	1 540,73 1 856,46
1.30	Speisezwiebeln (andere als Steckzwiebeln) 0703 10 19	a) b) c)	13,46 80,03 116,05	185,21 88,29 542,98	26,33 10,60 8,58	100,02 26 062,19	4 410,44 29,66	2 239,56 2 698,49
1.40	Knoblauch 0703 20 00	a) b) c)	74,18 441,05 639,54	1 020,74 486,59 2 992,41	145,08 58,42 47,28	551,23 143 632,51	24 306,56 163,47	12 342,51 14 871,75
1.50	Porree ex 0703 90 00	a) b) c)	26,05 154,89 224,59	358,46 170,88 1 050,85	50,95 20,52 16,60	193,58 50 439,83	8 535,80 57,41	4 334,36 5 222,56
1.60	Blumenkohl/Karfiol 0704 10 10 0704 10 05 0704 10 80	a) b) c)	55,28 328,68 476,60	760,67 362,61 2 229,99	108,12 43,54 35,24	410,79 107 037,01	18 113,60 121,82	9 197,82 11 082,64
1.70	Rosenkohl/Kohlsprossen 0704 20 00	a) b) c)	59,69 354,90 514,62	821,35 391,54 2 407,89	116,74 47,01 38,05	443,56 115 575,96	19 558,62 131,54	9 931,58 11 966,77
1.80	Weißkohl und Rotkohl 0704 90 10	a) b) c)	30,18 179,44 260,20	415,29 197,97 1 217,46	59,03 23,77 19,24	224,27 58 436,63	9 889,08 66,51	5 021,53 6 050,55
1.90	Brokkoli oder Spargelkohl ( <i>Brassica oleracea</i> L. convar. <i>botrytis</i> (L.) Alef var. <i>italica</i> Plenck) ex 0704 90 90	a) b) c)	105,95 629,95 913,45	1 457,90 694,99 4 274,01	207,22 83,44 67,53	787,31 205 147,81	34 716,64 233,48	17 628,60 21 241,07
1.100	Chinakohl ex 0704 90 90	a) b) c)	60,69 360,85 523,24	835,11 398,10 2 448,23	118,70 47,80 38,68	450,99 117 512,23	19 886,29 133,74	10 097,97 12 167,25
1.110	Kopfsalat 0705 11 10 0705 11 05 0705 11 80	a) b) c)	152,67 907,73 1 316,24	2 100,79 1 001,45 6 158,69	298,60 120,24 97,31	1 134,49 295 610,34	50 025,38 336,44	25 402,15 30 607,59
1.120	Endivien ex 0705 29 00	a) b) c)	21,82 129,74 188,12	300,25 143,13 880,22	42,68 17,18 13,91	162,14 42 249,41	7 149,76 48,08	3 630,54 4 374,52
1.130	Karotten und Speisemöhren ex 0706 10 00	a) b) c)	37,08 220,47 319,69	510,23 243,23 1 495,80	72,52 29,20 23,63	275,54 71 796,89	12 150,00 81,71	6 169,59 7 433,87
1.140	Radieschen ex 0706 90 90	a) b) c)	117,77 700,23 1 015,35	1 620,55 772,52 4 750,83	230,34 92,75 75,07	875,15 228 034,52	38 589,70 259,53	19 595,28 23 610,77
1.160	Erbsen ( <i>Pisum sativum</i> ) 0708 10 90 0708 10 20 0708 10 95	a) b) c)	331,94 1 973,63 2 861,82	4 567,59 2 177,38 13 390,43	649,22 261,42 211,58	2 466,65 642 725,46	108 766,78 731,50	55 230,17 66 548,00



Rubrik	Warenbezeichnung	Durchschnittswerte je Einheit (Betrag)/100 kg netto						
	Ware, Art, KN-Code	a) b) c)	EUR FIM SEK	ATS FRF BEF/LUF	DEM IEP GBP	DKK ITL	GRD NLG	ESP PTE
1.170	Bohnen:							
1.170.1	Bohnen (Vigna-Arten, Phaseolus-Arten) ex 0708 20 90 ex 0708 20 20 ex 0708 20 95	a) b) c)	239,81 1 425,85 2 067,52	3 299,86 1 573,05 9 673,91	469,03 188,87 152,85	1 782,03 464 336,91	78 578,54 528,47	39 901,03 48 077,59
1.170.2	Bohnen (Phaseolus Ssp, vulgaris var. Compressus Savi) ex 0708 20 90 ex 0708 20 20 ex 0708 20 95	a) b) c)	66,32 394,32 571,78	912,58 435,03 2 675,34	129,71 52,23 42,27	492,82 128 413,43	21 731,07 146,15	11 034,72 13 295,97
1.180	Dicke Bohnen ex 0708 90 00	a) b) c)	157,74 937,88 1 359,96	2 170,55 1 034,71 6 363,22	308,51 124,23 100,54	1 172,17 305 427,23	51 686,67 347,61	26 245,73 31 624,03
1.190	Artischocken 0709 10 00	a) b) c)	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —
1.200	Spargel:							
1.200.1	— grüner ex 0709 20 00	a) b) c)	411,31 2 445,54 3 546,11	5 659,75 2 698,02 16 592,20	804,45 323,93 262,17	3 056,44 796 407,21	134 773,95 906,41	68 436,23 82 460,25
1.200.2	— anderer ex 0709 20 00	a) b) c)	462,51 2 749,96 3 987,53	6 364,28 3 033,87 18 657,61	904,59 364,26 294,80	3 436,91 895 544,24	151 550,65 1 019,24	76 955,19 92 724,93
1.210	Auberginen/Melanzani 0709 30 00	a) b) c)	81,74 486,00 704,72	1 124,77 536,18 3 297,38	159,87 64,38 52,10	607,41 158 270,71	26 783,75 180,13	13 600,39 16 387,40
1.220	Bleichsellerie, auch Stangensellerie genannt (Apium graveolens L., var. Dulce (Mill.) Pers.) ex 0709 40 00	a) b) c)	66,57 395,81 573,93	916,02 436,67 2 685,43	130,20 52,43 42,43	494,68 128 897,49	21 812,99 146,70	11 076,32 13 346,09
1.230	Pfifferlinge/Eierschwammerl 0709 51 30	a) b) c)	649,88 3 864,01 5 602,94	8 942,54 4 262,93 26 216,09	1 271,05 511,82 414,23	4 829,26 1 258 343,15	212 946,18 1 432,15	108 130,93 130 289,24
1.240	Gemüsepaprika oder Paprika ohne brennenden Geschmack 0709 60 10	a) b) c)	83,59 497,00 720,67	1 150,22 548,31 3 372,01	163,49 65,83 53,28	621,16 161 852,81	27 389,94 184,21	13 908,21 16 758,29
1.250	Fenchel 0709 90 50	a) b) c)	73,55 437,31 634,11	1 012,07 482,46 2 967,00	143,85 57,93 46,88	546,55 142 412,66	24 100,13 162,08	12 237,69 14 745,45
1.270	Süße Kartoffeln, ganz, frisch (zum menschlichen Verzehr bestimmt) 0714 20 10	a) b) c)	55,05 327,31 474,61	757,50 361,10 2 220,71	107,67 43,36 35,09	409,08 106 591,66	18 038,23 121,31	9 159,55 11 036,53
2.10	Eßkastanien (Castanea-Arten), frisch ex 0802 40 00	a) b) c)	176,48 1 049,30 1 521,52	2 428,42 1 157,63 7 119,19	345,16 138,99 112,49	1 311,42 341 712,93	57 827,20 388,91	29 363,80 35 381,06
2.30	Ananas, frisch ex 0804 30 00	a) b) c)	50,56 300,62 435,90	695,72 331,65 2 039,59	98,89 39,82 32,23	375,71 97 897,81	16 567,00 111,42	8 412,48 10 136,37



Rubrik	Warenbezeichnung	Durchschnittswerte je Einheit (Betrag)/100 kg netto						
	Ware, Art, KN-Code	a) b) c)	EUR FIM SEK	ATS FRF BEF/LUF	DEM IEP GBP	DKK ITL	GRD NLG	ESP PTE
2.110	Wassermelonen 0807 11 00	a) b) c)	26,54 157,80 228,81	365,20 174,09 1 070,62	51,91 20,90 16,92	197,22 51 388,61	8 696,36 58,49	4 415,88 5 320,79
2.120	andere Melonen:							
2.120.1	— Amarillo, Cuper, Honey Dew (einschließlich Cantalene), Onteniente, Piel de Sapo (einschließlich Verde Liso), Rochet, Tendral, Futuro ex 0807 19 00	a) b) c)	63,12 375,29 544,19	868,55 414,04 2 546,25	123,45 49,71 40,23	469,04 122 217,36	20 682,53 139,10	10 502,28 12 654,42
2.120.2	— andere ex 0807 19 00	a) b) c)	177,74 1 056,79 1 532,39	2 445,76 1 165,90 7 170,01	347,63 139,98 113,29	1 320,79 344 152,63	58 240,07 391,69	29 573,45 35 633,67
2.140	Birnen							
2.140.1	Birnen — Nashi ( <i>Pyrus pyrifolia</i> ) ex 0808 20 50	a) b) c)	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —
2.140.2	Andere ex 0808 20 50	a) b) c)	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —
2.150	Aprikosen/Marillen ex 0809 10 00	a) b) c)	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —
2.160	Kirschen 0809 20 05 0809 20 95	a) b) c)	481,99 2 865,78 4 155,48	6 632,33 3 161,65 19 443,43	942,69 379,60 307,22	3 581,67 933 262,78	157 933,66 1 062,17	80 196,39 96 630,32
2.170	Pfirsiche 0809 30 90	a) b) c)	108,64 645,94 936,64	1 494,92 712,63 4 382,53	212,48 85,56 69,25	807,30 210 356,37	35 598,07 239,41	18 076,18 21 780,36
2.180	Nektarinen ex 0809 30 10	a) b) c)	45,64 271,36 393,49	628,02 299,38 1 841,11	89,26 35,94 29,09	339,15 88 371,36	14 954,86 100,58	7 593,86 9 150,00
2.190	Pflaumen 0809 40 05	a) b) c)	138,16 821,46 1 191,15	1 901,12 906,27 5 573,36	270,22 108,81 88,06	1 026,67 267 515,06	45 270,89 304,46	22 987,89 27 698,59
2.200	Erdbeeren 0810 10 10 0810 10 05 0810 10 80	a) b) c)	383,31 2 279,06 3 304,71	5 274,46 2 514,35 15 462,69	749,69 301,88 244,32	2 848,38 742 191,65	125 599,19 844,70	63 777,42 76 846,76
2.205	Himbeeren 0810 20 10	a) b) c)	355,15 2 111,63 3 061,93	4 886,97 2 329,63 14 326,72	694,61 279,70 226,37	2 639,12 687 666,29	116 372,00 782,65	59 091,99 71 201,18
2.210	Heidelbeeren der Art <i>Vaccinium myrtillus</i> 0810 40 30	a) b) c)	981,91 5 838,17 8 465,54	13 511,38 6 440,91 39 610,15	1 920,45 773,32 625,87	7 296,57 1 901 242,88	321 742,45 2 163,84	163 376,08 196 855,28
2.220	Kiwifrüchte ( <i>Actinidia chinensis</i> Planch.) 0810 50 10 0810 50 20 0810 50 30	a) b) c)	141,82 843,22 1 222,70	1 951,49 930,28 5 721,00	277,38 111,69 90,40	1 053,86 274 601,81	46 470,16 312,53	23 596,86 28 432,36

Rubrik	Warenbezeichnung	Durchschnittswerte je Einheit (Betrag)/100 kg netto						
	Ware, Art, KN-Code	a) b) c)	EUR FIM SEK	ATS FRF BEF/LUF	DEM IEP GBP	DKK ITL	GRD NLG	ESP PTE
2.230	Granatäpfel ex 0810 90 85	a)	62,44	859,19	122,12	463,99	20 459,71	10 389,14
		b)	371,25	409,58	49,18	120 900,70	137,60	12 518,10
		c)	538,33	2 518,82	39,80			
2.240	Kakis (einschließlich Sharon) ex 0810 90 85	a)	317,58	4 370,00	621,13	2 359,94	104 061,44	52 840,87
		b)	1 888,24	2 083,19	250,11	614 920,63	699,85	63 669,07
		c)	2 738,02	12 811,15	202,43			
2.250	Litschi-Pflaumen ex 0810 90 30	a)	240,94	3 315,41	471,24	1 790,43	78 948,81	40 089,04
		b)	1 432,56	1 580,46	189,76	466 524,89	530,96	48 304,13
		c)	2 077,26	9 719,50	153,58			

**VERORDNUNG (EG) Nr. 2056/1999 DER KOMMISSION****vom 29. September 1999****über die Erteilung von Lizenzen für die Ausfuhr von Obst und Gemüse nach dem Verfahren B**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 2190/96 der Kommission vom 14. November 1996 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 2200/96 des Rates hinsichtlich der Ausfuhrerstattungen für Obst und Gemüse <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1303/1999 <sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 5 Absatz 6,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der Verordnung (EG) Nr. 1304/1999 der Kommission <sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1504/1999 <sup>(4)</sup>, wurden die Richtmengen festgesetzt, für die Einfuhrlizenzen erteilt werden. Von diesen Richtmengen ausgenommen sind die Mengen, welche im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe beantragt werden.
- (2) Nach derzeitiger Kenntnis der Kommission wurden diese Mengen bei Haselnüssen ohne Schale, Orangen, Zitronen, Tafeltrauben, Äpfel, die für die geographischen Zonen F03 und F04 bestimmt sind, und Pfirsichen und Nektarinen, überschritten.
- (3) Bezüglich den zwischen dem 1. Juli und dem 15. September 1999 für Haselnüsse ohne Schale, Orangen, Zitronen, Tafeltrauben, Äpfel, die für die geographischen

Zonen F03 und F04 bestimmt sind, beantragten Lizenzen nach dem Verfahren B sollte deshalb ein Erstattungssatz festgelegt werden, der niedriger ist als der Richtsatz —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die Zuteilungssätze, mit denen die Mengen zu multiplizieren sind, für die zwischen dem 1. Juli und dem 15. September 1999 die in Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 2190/96 genannten Ausfuhrlicenzen nach dem Verfahren B beantragt wurden, und die anzuwendenden Erstattungen sind im Anhang festgesetzt.

Der vorstehende Unterabsatz gilt nicht für Lizenzen, die im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe gemäß Artikel 10 Absatz 4 des im Rahmen der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde geschlossenen Agrarübereinkommens beantragt werden.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 30. September 1999 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 29. September 1999

*Für die Kommission*

Franz FISCHLER

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. L 292 vom 15.11.1996, S. 12.

<sup>(2)</sup> ABl. L 155 vom 22.6.1999, S. 29.

<sup>(3)</sup> ABl. L 155 vom 22.6.1999, S. 30.

<sup>(4)</sup> ABl. L 175 vom 10.7.1999, S. 5.

## ANHANG

**Zuteilungssätze und Erstattungen, die auf die beantragten Mengen bzw. auf die zwischen dem 1. Juli und dem 15. September 1999 beantragten Lizenzen nach dem Verfahren B anzuwenden sind**

Erzeugnis	Bestimmung oder Bestimmungsgruppe	Zuteilungssatz (in % der beantragten Menge)	Erstattung (in EUR/t netto)
Tomaten/Paradeiser (*)	A01	100 %	20,0
Mandeln ohne Schale	A01	100 %	50,0
Haselnüsse in der Schale	A01	100 %	—
Haselnüsse ohne Schale	A01	100 %	109,4
Walnüsse in der Schale	A01	100 %	—
Orangen	F01, F02, F05	100 %	42,9
Zitronen	A01	100 %	34,9
Tafeltrauben	A01	100 %	20,1
Äpfel	F01	100 %	36,1
	F02	100 %	40,0
	F03, F04	100 %	34,4
Pfirsiche und Nektarinen	A21	100 %	24,6

(\*) Österreichischer Ausdruck gemäß Protokoll Nr. 10 zur Beitrittsakte 1994.

**VERORDNUNG (EG) Nr. 2057/1999 DER KOMMISSION**  
**vom 29. September 1999**  
**zur Festsetzung der im Sektor Reis geltenden Einfuhrzölle**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3072/95 des Rates vom 22. Dezember 1995 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2072/98 <sup>(2)</sup>,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1503/96 der Kommission vom 29. Juli 1996 mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EG) Nr. 3072/95 des Rates betreffend die Erhebung von Einfuhrzöllen im Reissektor <sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2831/98 <sup>(4)</sup>, insbesondere auf Artikel 4 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß Artikel 11 der Verordnung (EG) Nr. 3072/95 werden bei der Einfuhr der in Artikel 1 derselben Verordnung genannten Erzeugnisse die Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs erhoben. Bei den Erzeugnissen von Absatz 2 desselben Artikels entsprechen die Zölle jedoch dem bei ihrer Einfuhr geltenden Interventionspreis, erhöht bei der Einfuhr von geschältem oder vollständig geschliffenem Reis um einen bestimmten Prozentsatz und vermindert um den Einfuhrpreis. Dieser Zoll darf jedoch den Satz des Gemeinsamen Zolltarifs nicht überschreiten.
- (2) Gemäß Artikel 12 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 3072/95 wird der cif-Einfuhrpreis unter Zugrundelegung der repräsentativen Preise des betreffenden Erzeugnisses

auf dem Weltmarkt oder auf dem gemeinschaftlichen Einfuhrmarkt berechnet.

- (3) Mit der Verordnung (EG) Nr. 1503/96 wurden die Durchführungsbestimmungen erlassen, die sich auf die Verordnung (EG) Nr. 3072/95 beziehen und die im Sektor Reis geltenden Zölle betreffen.
- (4) Die Einfuhrzölle gelten, bis eine Neufestsetzung in Kraft tritt, außer wenn in den zwei Wochen vor der folgenden Festsetzung keine Notierung in der Referenzquelle gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1503/96 vorliegt.
- (5) Damit sich die Einfuhrzölle reibungslos anwenden lassen, sollten zu ihrer Berechnung die in einem Bezugszeitraum festgestellten Marktkurse zugrunde gelegt werden.
- (6) Die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1503/96 hat die Festsetzung der Zölle gemäß den Anhängen der vorliegenden Verordnung zur Folge —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die im Sektor Reis gemäß Artikel 11 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EG) Nr. 3072/95 anwendbaren Einfuhrzölle werden in Anhang I unter Zugrundelegung der im Anhang II angegebenen Bestandteile festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 30. September 1999 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 29. September 1999

*Für die Kommission*

Franz FISCHLER

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. L 329 vom 30.12.1995, S. 18.

<sup>(2)</sup> ABl. L 265 vom 30.9.1998, S. 4.

<sup>(3)</sup> ABl. L 189 vom 30.7.1996, S. 71.

<sup>(4)</sup> ABl. L 351 vom 29.12.1998, S. 25.

## ANHANG I

## Festsetzung der Einfuhrzölle für Reis und Bruchreis

(in EUR/t)

KN-Code	Zoll (°)				
	Drittländer (außer AKP-Staaten und Bangladesch) (°)	AKP-Staaten ( <sup>1</sup> ) ( <sup>2</sup> ) ( <sup>3</sup> )	Bangladesch ( <sup>4</sup> )	Basmati Indien und Pakistan ( <sup>5</sup> )	Ägypten ( <sup>6</sup> )
1006 10 21	( <sup>7</sup> )	76,44	111,06		173,10
1006 10 23	( <sup>7</sup> )	76,44	111,06		173,10
1006 10 25	( <sup>7</sup> )	76,44	111,06		173,10
1006 10 27	( <sup>7</sup> )	76,44	111,06		173,10
1006 10 92	( <sup>7</sup> )	76,44	111,06		173,10
1006 10 94	( <sup>7</sup> )	76,44	111,06		173,10
1006 10 96	( <sup>7</sup> )	76,44	111,06		173,10
1006 10 98	( <sup>7</sup> )	76,44	111,06		173,10
1006 20 11	165,02	53,42	78,17		123,77
1006 20 13	165,02	53,42	78,17		123,77
1006 20 15	165,02	53,42	78,17		123,77
1006 20 17	212,50	70,03	101,91	0,00	159,37
1006 20 92	165,02	53,42	78,17		123,77
1006 20 94	165,02	53,42	78,17		123,77
1006 20 96	165,02	53,42	78,17		123,77
1006 20 98	212,50	70,03	101,91	0,00	159,37
1006 30 21	( <sup>7</sup> )	146,86	212,59		341,25
1006 30 23	( <sup>7</sup> )	146,86	212,59		341,25
1006 30 25	( <sup>7</sup> )	146,86	212,59		341,25
1006 30 27	( <sup>7</sup> )	146,86	212,59		341,25
1006 30 42	( <sup>7</sup> )	146,86	212,59		341,25
1006 30 44	( <sup>7</sup> )	146,86	212,59		341,25
1006 30 46	( <sup>7</sup> )	146,86	212,59		341,25
1006 30 48	( <sup>7</sup> )	146,86	212,59		341,25
1006 30 61	( <sup>7</sup> )	146,86	212,59		341,25
1006 30 63	( <sup>7</sup> )	146,86	212,59		341,25
1006 30 65	( <sup>7</sup> )	146,86	212,59		341,25
1006 30 67	( <sup>7</sup> )	146,86	212,59		341,25
1006 30 92	( <sup>7</sup> )	146,86	212,59		341,25
1006 30 94	( <sup>7</sup> )	146,86	212,59		341,25
1006 30 96	( <sup>7</sup> )	146,86	212,59		341,25
1006 30 98	( <sup>7</sup> )	146,86	212,59		341,25
1006 40 00	( <sup>7</sup> )	45,38	( <sup>7</sup> )		105,00

(<sup>1</sup>) Bei der Einfuhr von Reis mit Ursprung in den AKP-Staaten gilt der im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 1706/98 des Rates (ABl. L 215 vom 1.8.1998, S. 12) und der geänderten Verordnung (EG) Nr. 2603/97 der Kommission (ABl. L 351 vom 23.12.1997, S. 22) festgelegte Zoll.

(<sup>2</sup>) Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1706/98 wird bei der unmittelbaren Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean in das überseeische Departement Réunion kein Zoll erhoben.

(<sup>3</sup>) Der bei der Einfuhr von Reis in das überseeische Departement Réunion zu erhebende Zoll ist in Artikel 11 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 3072/95 festgesetzt.

(<sup>4</sup>) Bei der Einfuhr von Reis, ausgenommen Bruchreis (KN-Code 1006 40 00), mit Ursprung in Bangladesch gilt der im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 3491/90 des Rates (ABl. L 337 vom 4.12.1990, S. 1) und der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 862/91 der Kommission (ABl. L 88 vom 9.4.1991, S. 7) festgelegte Zoll.

(<sup>5</sup>) Gemäß Artikel 101 Absatz 1 des geänderten Beschlusses 91/482/EWG des Rates (ABl. L 263 vom 19.9.1991, S. 1) werden Erzeugnisse mit Ursprung in überseeischen Ländern und Gebieten zollfrei eingeführt.

(<sup>6</sup>) Für geschälten Reis der Sorte Basmati, der seinen Ursprung in Indien und Pakistan hat, wird eine Ermäßigung um 250 EUR/t berücksichtigt (Artikel 4a der geänderten Verordnung (EG) Nr. 1503/96).

(<sup>7</sup>) Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs.

(<sup>8</sup>) Bei der Einfuhr von Reis mit Ursprung in und Herkunft aus Ägypten gilt der im Rahmen der Verordnungen (EG) Nr. 2184/96 des Rates (ABl. L 292 vom 15.11.1996, S. 1) und (EG) Nr. 196/97 der Kommission (ABl. L 31 vom 1.2.1997, S. 53) festgelegte Zoll.



## ANHANG II

## Berechnung des im Sektor Reis zu erhebenden Einfuhrzolls

	Paddy	Indica		Japonica		Reisbruch
		Geschält	Geschliffen	Geschält	Geschliffen	
1. Einfuhrzoll (EUR/t)	( <sup>1</sup> )	212,50	455,00	165,02	455,00	( <sup>1</sup> )
2. Berechnungsbestandteile						
a) cif-Preis Arag (EUR/t)	—	324,53	283,04	395,88	291,50	—
b) fob-Preis (EUR/t)	—	—	—	367,26	262,88	—
c) Frachtkosten (EUR/t)	—	—	—	28,62	28,62	—
d) Quelle	—	USDA	USDA	Operator	Operator	—

(<sup>1</sup>) Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs.

**VERORDNUNG (EG) Nr. 2058/1999 DER KOMMISSION**  
**vom 29. September 1999**  
**zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Olivenöl**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1638/98<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 3 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Liegen die Preise in der Gemeinschaft über den Weltmarktpreisen, so kann der Unterschied zwischen diesen Preisen nach Artikel 3 der Verordnung Nr. 136/66/EWG durch eine Erstattung bei der Ausfuhr von Olivenöl nach dritten Ländern gedeckt werden.
- (2) Die Festsetzung und die Gewährung der Erstattung bei der Ausfuhr von Olivenöl sind in der Verordnung (EWG) Nr. 616/72 der Kommission<sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2962/77<sup>(4)</sup>, geregelt worden.
- (3) Nach Artikel 3 dritter Unterabsatz der Verordnung Nr. 136/66/EWG muß die Erstattung für die gesamte Gemeinschaft gleich sein.
- (4) Nach Artikel 3 Absatz 4 der Verordnung Nr. 136/66/EWG ist die Erstattung für Olivenöl unter Berücksichtigung der Lage und voraussichtlichen Entwicklung der Olivenölpreise und der davon verfügbaren Mengen auf dem Gemeinschaftsmarkt sowie der Weltmarktpreise für Olivenöl festzusetzen. Läßt es jedoch die auf dem Weltmarkt bestehende Lage nicht zu, die günstigsten Notierungen für Olivenöl zu bestimmen, so können der auf diesem Markt für die wichtigsten konkurrierenden pflanzlichen Öle erzielte Preis und der in einem repräsentativen Zeitraum zwischen diesem Preis und dem für Olivenöl festgestellte Unterschied berücksichtigt werden. Die Erstattung darf nicht höher sein als der Betrag, der dem Unterschied zwischen den in der Gemeinschaft und auf dem Weltmarkt erzielten Preisen, gegebenenfalls um

die Kosten für das Verbringen des Erzeugnisses auf den Weltmarkt berichtigt, entspricht.

- (5) Nach Artikel 3 Absatz 3 dritter Unterabsatz Buchstabe b) der Verordnung Nr. 136/66/EWG kann beschlossen werden, daß die Erstattung durch Ausschreibung festgesetzt wird. Die Ausschreibung erstreckt sich auf den Betrag der Erstattung und kann auf bestimmte Bestimmungsländer, Mengen, Qualitäten und Aufmachungen beschränkt werden.
- (6) Nach Artikel 3 Absatz 3 zweiter Unterabsatz der Verordnung Nr. 136/66/EWG kann die Erstattung für Olivenöl je nach Bestimmung oder Bestimmungsgebiet in unterschiedlicher Höhe festgesetzt werden, wenn die Weltmarktlage oder die besonderen Erfordernisse bestimmter Märkte dies notwendig machen.
- (7) Die Erstattung muß mindestens einmal im Monat festgesetzt werden; soweit erforderlich, kann die Erstattung zwischenzeitlich geändert werden.
- (8) Bei Anwendung dieser Modalitäten auf die gegenwärtige Marktlage bei Olivenöl, insbesondere auf den Olivenölpreis in der Gemeinschaft sowie auf den Märkten der Drittländer, sind die Erstattungen in der im Anhang aufgeführten Höhe festzusetzen.
- (9) Der Verwaltungsausschuß für Fette hat nicht innerhalb der ihm von seinem Vorsitzenden gesetzten Frist Stellung genommen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die Erstattungen bei der Ausfuhr der in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe c) der Verordnung Nr. 136/66/EWG genannten Erzeugnisse werden im Anhang festgesetzt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 30. September 1999 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedsstaat.

Brüssel, den 29. September 1999

Für die Kommission  
 Franz FISCHLER  
 Mitglied der Kommission

<sup>(1)</sup> ABl. 172, 30.9.1966, S. 3025/66.

<sup>(2)</sup> ABl. L 210 vom 28.7.1998, S. 32.

<sup>(3)</sup> ABl. L 78 vom 31.3.1972, S. 1.

<sup>(4)</sup> ABl. L 348 vom 30.12.1977, S. 53.

## ANHANG

**zur Verordnung der Kommission vom 29. September 1999 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Olivenöl**

(EUR/100 kg)

Erzeugniscode	Erstattungsbetrag (1)
1509 10 90 9100	0,00
1509 10 90 9900	0,00
1509 90 00 9100	0,00
1509 90 00 9900	0,00
1510 00 90 9100	0,00
1510 00 90 9900	0,00

(1) Für die Bestimmungen, genannt in Artikel 34 der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission (ABl. L 351 vom 14. 12. 1987, S. 1), sowie für die Ausfuhren nach Drittländern.

NB: Die die Erzeugnisse betreffenden Codes sowie die Verweisungen und Fußnoten sind durch die geänderte Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission bestimmt.

**VERORDNUNG (EG) Nr. 2059/1999 DER KOMMISSION**  
**vom 29. September 1999**  
**zur Änderung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide <sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1253/1999 <sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 13 Absatz 8,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der Betrag, um den die Erstattung für Getreide berichtigt wird, ist durch die Verordnung (EG) Nr. 1988/1999 der Kommission <sup>(3)</sup>, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2027/1999 <sup>(4)</sup>, festgesetzt worden.
- (2) Aufgrund der heutigen cif-Preise und der heutigen cif-Preise für Terminkäufe und unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Marktentwicklung ist es erforderlich,

den zur Zeit geltenden Betrag, um den die Erstattung für Getreide berichtigt wird, abzuändern.

- (3) Die Berichtigung muß nach dem gleichen Verfahren festgesetzt werden wie die Erstattung; sie kann zwischenzeitlich abgeändert werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Der Betrag, um den die nach Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben a), b) und c), mit Ausnahme von Malz, der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 im voraus festgesetzten Erstattungen für Produkte zu berichtigen sind, wird wie im Anhang angegeben geändert.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 30. September 1999 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedsstaat.

Brüssel, den 29. September 1999

*Für die Kommission*

Franz FISCHLER

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. L 181 vom 1.7.1992, S. 21.

<sup>(2)</sup> ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 18.

<sup>(3)</sup> ABl. L 245 vom 17.9.1999, S. 27.

<sup>(4)</sup> ABl. L 250 vom 23.9.1999, S. 12.

## ANHANG

## zur Verordnung der Kommission vom 29. September 1999 zur Änderung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung

(EUR/t)

Erzeugniscode	Bestimmung <sup>(1)</sup>	Laufender	1. Term.	2. Term.	3. Term.	4. Term.	5. Term.	6. Term.
		Monat 9	10	11	12	1	2	3
1001 10 00 9200	—	—	—	—	—	—	—	—
1001 10 00 9400	01	0	-1,00	-2,00	-3,00	-4,00	—	—
1001 90 91 9000	—	—	—	—	—	—	—	—
1001 90 99 9000	04	0	0	0	-1,00	-3,50	-3,50	-3,50
	02	0	0	0	-1,00	-3,50	—	—
1002 00 00 9000	01	0	0	0	0	0	—	—
1003 00 10 9000	—	—	—	—	—	—	—	—
1003 00 90 9000	03	0	-25,00	-25,00	-25,00	-25,00	—	—
	02	0	0	0	0	0	—	—
1004 00 00 9200	—	—	—	—	—	—	—	—
1004 00 00 9400	01	0	0	0	0	0	—	—
1005 10 90 9000	—	—	—	—	—	—	—	—
1005 90 00 9000	01	—	—	—	—	—	—	—
1007 00 90 9000	—	—	—	—	—	—	—	—
1008 20 00 9000	—	—	—	—	—	—	—	—
1101 00 11 9000	—	—	—	—	—	—	—	—
1101 00 15 9100	01	0	0	0	-1,37	-4,80	—	—
1101 00 15 9130	01	0	0	0	-1,28	-4,48	—	—
1101 00 15 9150	01	0	0	0	-1,18	-4,13	—	—
1101 00 15 9170	01	0	0	0	-1,09	-3,82	—	—
1101 00 15 9180	01	0	0	0	-1,02	-3,57	—	—
1101 00 15 9190	—	—	—	—	—	—	—	—
1101 00 90 9000	—	—	—	—	—	—	—	—
1102 10 00 9500	01	0	0	0	0	0	—	—
1102 10 00 9700	—	—	—	—	—	—	—	—
1102 10 00 9900	—	—	—	—	—	—	—	—
1103 11 10 9200	01	0	0	0	0	0	—	—
1103 11 10 9400	01	0	0	0	0	0	—	—
1103 11 10 9900	—	—	—	—	—	—	—	—
1103 11 90 9200	01	0	0	0	0	0	—	—
1103 11 90 9800	—	—	—	—	—	—	—	—

(<sup>1</sup>) Folgende Bestimmungen sind vorgesehen:

01 alle Drittländer,

02 andere Drittländer,

03 USA, Kanada und Mexiko,

04 Mauretanien, Mali, Niger, Senegal, Burkina Faso, Gambia, Guinea-Bissau, Guinea, Kap Verde, Sierra Leone, Liberia, Côte d'Ivoire, Ghana, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik, Benin, Kamerun, Äquatorialguinea, São Tomé und Príncipe, Gabun, Kongo, Demokratische Republik Kongo, Ruanda, Burundi, Angola, Sambia, Malawi, Mosambik, Namibia, Botsuana, Simbabwe, Lesotho, Swasiland, Seychellen, Komoren, Madagaskar, Dschibuti, Äthiopien, Eritrea und Mauritius.

NB: Die Zonen sind diejenigen, die in der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 2145/92 der Kommission (ABl. L 214 vom 30.7.1992, S. 20) bestimmt sind.

## II

*(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)*

## KOMMISSION

## BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 10. September 1999

**zur Annahme von Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Antidumpingverfahren betreffend die Einfuhren von Flachpaletten aus Holz mit Ursprung in der Republik Polen***(Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(1999) 2844)*

(1999/642/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 384/96 des Rates vom 22. Dezember 1995 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern <sup>(1)</sup>, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 905/98 <sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 8 Absatz 1,gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1023/97 der Kommission vom 6. Juni 1997 zur Einführung eines vorläufigen Antidumpingzolls auf bestimmte Einfuhren von Flachpaletten aus Holz mit Ursprung in Polen und zur Annahme der Verpflichtungsangebote bestimmter Ausführer im Zusammenhang mit diesen Einfuhren <sup>(3)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1633/97 <sup>(4)</sup>, insbesondere auf Artikel 2,

nach Konsultationen im Beratenden Ausschuß,

in Erwägung nachstehender Gründe:

**A. VORAUSGEGANGENES VERFAHREN**

- (1) Die Kommission führte mit der Verordnung (EG) Nr. 1023/97 (nachstehend „vorläufige Verordnung“ genannt) vorläufige Antidumpingzölle auf bestimmte Einfuhren von Flachpaletten aus Holz des KN-Codes ex 4415 20 20 mit Ursprung in der Republik Polen ein und nahm Verpflichtungsangebote bestimmter ausführender Hersteller an. Diese Verpflichtungen betrafen nur einen Palettentyp, und zwar die EUR-Palette.
- (2) Da in der Untersuchung ein Stichprobenverfahren angewandt wurde, konnte Überprüfungsanträgen nach Artikel 11 Absatz 4 nicht stattgegeben werden. Aller-

dings wurde die vorläufige Verordnung mit der Verordnung (EG) Nr. 1632/97 <sup>(5)</sup> geändert, um eine Gleichbehandlung der neuen Ausführer und derjenigen kooperationswilligen Unternehmen zu gewährleisten, die in der Ausgangsuntersuchung nicht in die Stichprobe einbezogen worden waren. Gemäß Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 1632/97 können Verpflichtungsangebote neuer polnischer ausführender Hersteller für die Ausfuhren von EUR-Paletten angenommen werden, sofern diese Hersteller die in der genannten Verordnung vorgesehenen Kriterien erfüllen.

- (3) Mit der Verordnung (EG) Nr. 2334/97 <sup>(6)</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2079/98 <sup>(7)</sup>, führte der Rat einen endgültigen Antidumpingzoll auf bestimmte Einfuhren von Flachpaletten aus Holz mit Ursprung in der Republik Polen ein.

**B. ANTRÄGE NEUER AUSFÜHRER**

- (4) Nach dem Erlass der Verordnung (EG) Nr. 2334/97 beantragten fünf weitere neue polnische ausführende Hersteller, daß Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 1023/97 in ihrem Fall angewendet wird, und boten Verpflichtungen für EUR-Paletten an. Sie legten ferner gemäß Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 1023/97 ausreichende Beweise dafür vor, daß sie tatsächlich neue ausführende Hersteller sind. Gemäß Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 1023/97 sollten daher die Verpflichtungsangebote dieser fünf polnischen ausführenden Hersteller für EUR-Paletten angenommen werden —

<sup>(1)</sup> ABl. L 56 vom 6.3.1996, S. 1.<sup>(2)</sup> ABl. L 128 vom 30.4.1998, S. 18.<sup>(3)</sup> ABl. L 150 vom 7.6.1997, S. 4.<sup>(4)</sup> ABl. L 225 vom 15.8.1997, S. 13.<sup>(5)</sup> ABl. L 225 vom 15.8.1997, S. 11.<sup>(6)</sup> ABl. L 324 vom 27.11.1997, S. 1.<sup>(7)</sup> ABl. L 266 vom 1.10.1998, S. 1.

BESCHLIESST:

KN-Codes ex 4415 20 20 mit Ursprung in Polen werden angenommen.

*Artikel 1*

*Artikel 2*

Die Verpflichtungsangebote von

Die Annahme wird am Tag nach der Veröffentlichung dieses Beschlusses im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* wirksam.

- „SMT“ Sp.zo.o, Miastko,
- Firma Transdrewneks Gadzala Antoni, Torun,
- „Palko“ Sp.zo.o, Sedziszow,
- „D&M&D“ Sp.zo.o, Blizanow, und
- P.P.H. „Vector“, Kalisz,

Brüssel, den 10. September 1999

für EUR-Paletten im Zusammenhang mit dem Antidumpingverfahren betreffend die Einfuhren von Flachpaletten aus Holz des

*Für die Kommission*

Leon BRITTAN

Vizepräsident

---

**ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION****vom 15. September 1999****zur Änderung der Entscheidung 1999/507/EG über Schutzmaßnahmen gegenüber Flughunden, Hunden und Katzen mit Herkunft aus Malaysia (Halbinsel) und Australien***(Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(1999) 2975)***(Text von Bedeutung für den EWR)**

(1999/643/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 41/496/EWG des Rates vom 15. Juli 1991 zur Festlegung von Grundregeln für die Veterinärkontrollen von aus Drittländern in die Gemeinschaft eingeführten Tieren und zur Änderung der Richtlinien 89/662/EWG, 90/425/EWG und 90/675/EWG<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Richtlinie 96/43/EG<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 18 Absatz 7,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der Entscheidung 1999/507/EG<sup>(3)</sup> hat die Kommission in bezug auf die Nipah- bzw. die Hendra-Krankheit Schutzmaßnahmen gegenüber Flughunden, Hunden und Katzen mit Herkunft aus Malaysia (Halbinsel) und Australien erlassen. Die Testanforderungen für aus Australien eingeführte Katzen sind so zu ändern, daß die Verwendung eines validierten Diagnostetests zum Nachweis von Antikörpern gegen das Virus der Hendra-Krankheit ermöglicht wird.
- (2) Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Vetrinärausschusses —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Der zweite Gedankenstrich von Artikel 3 Absatz 2 der Entscheidung 1999/507/EG wird wie folgt geändert:

1. Die Worte „IgM- und IgG-ELISA-Test“ werden durch das Wort „Serumneutralisationstest“ ersetzt.
2. Die Worte „zehn Tage“ werden durch die Worte „14 Tage“ ersetzt.

*Artikel 2*

Die Mitgliedstaaten ändern ihre gegenüber Australien angewandten Maßnahmen, um sie mit dieser Entscheidung in Einklang zu bringen.

Sie setzen die Kommission davon in Kenntnis.

*Artikel 3*

Diese Entscheidung ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 15. September 1999

*Für die Kommission*

Franz FISCHLER

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. L 268 vom 24.9.1991, S. 56.

<sup>(2)</sup> ABl. L 162 vom 1.7.1996, S. 1.

<sup>(3)</sup> ABl. L 194 vom 27.7.1999, S. 66.



**ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION**  
**vom 15. September 1999**  
**über Schutzmaßnahmen bei der Einfuhr von registrierten Pferden aus Malaysia (Halbinsel)**

(Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(1999) 2976)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(1999/644/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 91/496/EWG des Rates vom 15. Juli 1991 zur Festlegung von Grundregeln für die Veterinärkontrollen von aus Drittländern in die Gemeinschaft eingeführten Tieren und zur Änderung der Richtlinien 89/662/EWG, 90/425/EWG und 90/675/EWG<sup>(1)</sup>, zuletzt geändert durch die Richtlinie 96/43/EG<sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 18 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der Entscheidung 1999/240/EG<sup>(3)</sup> hat die Kommission wegen des Auftretens der Nipah-Krankheit Schutzmaßnahmen bei der Einfuhr von registrierten Pferden aus Singapur und Malaysia (Halbinsel) erlassen.
- (2) In Anbetracht der von den malaysischen Veterinärbehörden übermittelten Informationen scheint es nun angebracht, Einfuhren von registrierten Pferden aus Malaysia (Halbinsel) unter der Bedingung zuzulassen, daß ein Test auf Antikörper gegen das Nipah-Virus einen Negativbefund ergeben hat und daß die Pferde nicht in Betrieben gehalten wurden, in denen die Nipah-Krankheit aufgetreten ist.
- (3) Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Veterinärausschusses —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

- (1) Für die zeitweilige Zulassung, die Wiedereinfuhr nach zeitweiliger Ausfuhr und die Einfuhr von registrierten Pferden aus Malaysia (Halbinsel) ist eine zusätzliche von den zustän-

digen zentralen Veterinärbehörden von Malaysia unterzeichnete Bescheinigung erforderlich.

- (2) Die Bescheinigung nach Absatz 1 muß folgende Garantien enthalten:

- Die Pferde sind in den letzten 60 Tagen nicht in Betrieben gehalten worden, in denen die zuständigen Behörden in den letzten 60 Tagen Fälle der Nipah-Krankheit bestätigt haben;
- die Pferde sind mit Negativbefund einem zugelassenen Test — Serumneutralisationstest oder ELISA — zum Nachweis von Antikörpern gegen das Nipah-Virus unterzogen, den ein von den zuständigen Behörden benanntes Labor an einer innerhalb von 14 Tagen vor dem Versand in die Europäische Gemeinschaft am ... (Datum der Blutentnahme einfügen) entnommenen Blutprobe durchgeführt hat.

*Artikel 2*

Die Mitgliedstaaten ändern ihre Einfuhrvorschriften in Bezug auf Malaysia (Halbinsel), um sie mit dieser Entscheidung in Einklang zu bringen.

Sie setzen die Kommission davon in Kenntnis.

*Artikel 3*

Diese Entscheidung gilt bis 31. Dezember 1999.

*Artikel 4*

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 15. September 1999

*Für die Kommission*

Franz FISCHLER

*Mitglied der Kommission*

<sup>(1)</sup> ABl. L 268 vom 24.9.1991, S. 56.

<sup>(2)</sup> ABl. L 162 vom 1.7.1996, S. 1.

<sup>(3)</sup> ABl. L 89 vom 1.4.1999, S. 72.

**ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION****vom 15. September 1999****über eine gemeinsame technische Vorschrift für Anschaltebedingungen für den TETRA-Zugang zu Notrufdiensten***(Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(1999) 2987)***(Text von Bedeutung für den EWR)**

(1999/645/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 98/13/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Februar 1998 über Telekommunikationsendeinrichtungen und Satellitenfunkanlagen einschließlich der gegenseitigen Anerkennung ihrer Konformität<sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 7 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Kommission hat gemäß Artikel 7 Absatz 2 erster Gedankenstrich die Maßnahme zur Festlegung der Endeinrichtungen, die eine technische Vorschrift erfordern, erlassen und das entsprechende Bedarfsprofil definiert.
- (2) Die diesbezüglichen harmonisierten Normen bzw. Teilnormen zur Erfüllung der grundlegenden Anforderungen, die in technische Vorschriften umzusetzen sind, sollten verabschiedet werden.
- (3) Um die Kontinuität des Marktzugangs für Hersteller zu gewährleisten, sind Übergangsvorschriften für die nach nationalen Allgemeinzulassungsvorschriften genehmigten Einrichtungen erforderlich.
- (4) Der Vorschlag wurde gemäß Artikel 29 Absatz 2 dem Ausschuß (ACTE) vorgelegt.
- (5) Die mit dieser Entscheidung angenommene technische Vorschrift entspricht der Stellungnahme des ACTE —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

(1) Diese Entscheidung gilt für Einrichtungen, die für den Anschluß an ein öffentliches Telekommunikationsnetz bestimmt sind und in den Geltungsbereich der in Artikel 2 Absatz 1 genannten harmonisierten Norm fallen.

(2) Mit dieser Entscheidung wird eine gemeinsame technische Vorschrift mit Anschaltebedingungen für TETRA-Einrichtungen erlassen, die Zugang zu Notrufdiensten in den Frequenzbändern 380-383 MHz und 390-393 MHz haben.

*Artikel 2*

(1) Die gemeinsame technische Vorschrift umfaßt die von der zuständigen Normenorganisation erstellte harmonisierte Norm, die im geltenden Umfang den grundlegenden Anforderungen in Artikel 5 Buchstaben c) bis f) der Richtlinie 98/13/EG entspricht. Die Fundstelle der Norm ist dem Anhang zu entnehmen.

(2) Endeinrichtungen, die unter diese Entscheidung fallen, müssen der in Absatz 1 erwähnten gemeinsamen technischen Vorschrift entsprechen, die grundlegenden Anforderungen in Artikel 5 Buchstaben a) und b) der Richtlinie 98/13/EG erfüllen und den Anforderungen aller übrigen geltenden Richtlinien genügen, insbesondere denen der Ratsrichtlinien 73/23/EWG<sup>(2)</sup> und 89/336/EWG<sup>(3)</sup>.

*Artikel 3*

Die für die Durchführung der Verfahren nach Artikel 10 der Richtlinie 98/13/EG benannten Stellen wenden beim Inkrafttreten dieser Entscheidung die im Anhang aufgeführte harmonisierte Norm auf Endeinrichtungen an, die unter Artikel 1 Absatz 1 dieser Entscheidung fallen, bzw. sorgen für deren Anwendung.

*Artikel 4*

(1) Nationale Allgemeinzulassungsvorschriften für Einrichtungen, die in den Geltungsbereich der im Anhang aufgeführten harmonisierten Norm fallen, werden mit Wirkung vom (Datum der Entscheidung + 3 Monate) aufgehoben.

(2) Endeinrichtungen, die aufgrund dieser nationalen Allgemeinzulassungsvorschriften genehmigt wurden, können weiterhin vertrieben und in Betrieb genommen werden.

<sup>(1)</sup> ABl. L 74 vom 12.3.1998, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. L 77 vom 26.3.1973, S. 29.

<sup>(3)</sup> ABl. L 139 vom 23.5.1989, S. 19.

*Artikel 5*

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 15. September 1999

*Für die Kommission*

Karel VAN MIERT

*Mitglied der Kommission*

---

ANHANG

**Fundstelle der geltenden harmonisierten norm**

Der Titel der in Artikel 2 dieser Entscheidung erwähnten harmonisierten Norm lautet:

Terrestrial Trunked Radio (TETRA); Emergency access

[Terrestrischer Bündelfunk (TETRA) — Notrufzugang]

ETSI

Europäisches Institut für Telekommunikationsnormen

Sekretariat

TBR35: September 1998

(mit Ausnahme der Vorworte und der Abschnitte 4.2.2, 5.4.2 und A.2.3)

**Zusatzinformation**

Das Europäische Institut für Telekommunikationsnormen ist gemäß der Richtlinie des Rates und des Europäischen Parlaments 98/34/EWG <sup>(1)</sup> anerkannt.

Die vorgenannte harmonisierte Norm wurde aufgrund eines nach den entsprechenden Verfahren der Richtlinie des Rates und des Europäischen Parlaments 98/34/EWG erteilten Auftrags erstellt.

Der vollständige Text der obengenannten harmonisierten Norm ist bei folgenden Stellen erhältlich:

Europäisches Institut für Telekommunikationsnormen

650, route des Lucioles

F-06921 Sophia Antipolis Cedex

oder

Europäische Kommission

GD XIII/A/2 (BU 31, 1/7)

Rue de la Loi/Wetstraat 200

B-1049 Brüssel

oder kann bei allen anderen Organisationen angefordert werden, die ETSI-Normen zur Verfügung stellen. Eine Liste dieser Organisationen ist im Internet unter der Adresse [www.ispo.cec.be](http://www.ispo.cec.be) abrufbar.

---

<sup>(1)</sup> ABl. L 204 vom 21.7.1998, S. 37.